

Zeitfragen des christlichen Volkslebens.

Band I. Heft 2.

77  
Der Socialismus

von

J. Heinrich Geffken.

Frankfurt a. M.

Verlag der Zimmer'schen Buchhandlung.

1876.

Basel: C. Detloff's Buchhandlung.

Abonnementspreis eines Bandes von 6 Heften 5 Mark.  
Jedes Heft ist auch einzeln käuflich zum Preis von 1 Mark.



Alle Rechte vorbehalten.



## Vorwort.

---

Wie der Materialismus nur naturwissenschaftlich widerlegt werden kann, so ist auch der Socialismus nur vom national-ökonomischen Standpunkt mit Erfolg zu bekämpfen, indem man die wirthschaftlichen Sophismen aufdeckt, auf denen seine Theorie beruht, andrerseits aber auch die Nothwendigkeit der socialen Reformen betont, deren Ausführung der Bewegung ihre Kraft in der Praxis nehmen würde. Ein Versuch hiezu ist die nachfolgende Schrift, ursprünglich ein zu Ende v. J. in Hamburg gehaltener Vortrag, dem einige Anmerkungen und Ausführungen beigegeben sind, welche den Rahmen eines mündlichen Vortrages überschritten haben würden.

Strasburg, im Januar 1876.

Der Verfasser.







Bei den Reichstagswahlen vom 12. Januar 1874 wurden von einer Gesamtsumme von 5,259,155 Stimmen 339,738 für die socialdemokratischen Candidaten abgegeben. Sollte dies Verhältniß, 6,5<sup>0</sup>/<sub>100</sub>, als geringfügig erscheinen, so wird es schon bedenklicher in einzelnen Ländern, wo der Procentsatz weit höher stieg; so im Königreich Sachsen auf 36,2<sup>0</sup>/<sub>100</sub> und in den überwiegend ackerbauenden Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover auf 35,5 und 35,1<sup>0</sup>/<sub>100</sub>. Außerdem zeigen die seither stattgehabten Nachwahlen ein erhebliches Anwachsen der Wählerschaft dieser Partei; in Stuttgart zählte dieselbe 1874: 2411 Stimmen, im September 1875: 3783; damals siegte der nationalliberale Candidat mit 1321 Stimmen Mehrheit, diesmal nur mit 534 und ähnlich sind die Ergebnisse in Hannover, Lauenburg u. s. w. gewesen<sup>1)</sup>. Schon dies beweist, daß es ein großer Irrthum sein würde, auf den Rückgang der Socialdemokratie zu schließen, weil wir jetzt wenig von Streiks hören; das liegt lediglich darin, daß wir uns in einer Periode wirthschaftlichen Niedergangs befinden, wo durch Arbeitseinstellungen keine Lohn-erhöhung durchzusetzen ist. Man darf vielmehr mit Sicherheit annehmen, daß die nächsten Wahlen eine gewaltige Zunahme des Contingents dieser Partei zeigen werden, stetig ist die Organisation derselben fortgeschritten, rastlos ihre Agitation gewesen, ihre Presse wächst zusehends<sup>2)</sup> und bemüht sich mit Erfolg, Vo-

1) Die Zahlen nach dem Wochenblatt der Frankfurter Zeitung vom 30. October 1875.

2) Die Socialdemokratie besitzt, abgesehen von den ihr angehörigen Fachblättern in Deutschland, 39 Zeitungen (vgl. Held „Die deutsche Arbeiterpresse der



den in der Landbevölkerung zu gewinnen, da sie wohl weiß, daß sie ohne diese nie zur Herrschaft gelangen kann<sup>1)</sup>. Es ist nun zwar schwerlich als ein Unglück an sich zu betrachten, daß socialdemokratische Abgeordnete im Reichstag sitzen, denn wenn einmal bestimmte Anschauungen einen erheblichen Theil des Volkes beherrschen, so ist es richtig, daß sie auch im Rathe der Nation zu Worte kommen, während ihre Anhänger sich sonst beklagen würden, durch die Mißgunst der anderen Parteien ausgeschlossen zu sein. Die große Gefahr für unsre Zukunft liegt aber darin, daß ein wachsender Theil der Bevölkerung nicht etwa einzelne Reformen zur Verbesserung seines Looses fordert, sondern sein Heil in Grundsätzen sucht, deren Verwirklichung die gesammte bestehende Ordnung in Staat und Gesellschaft umstürzen müßte, und dieses Ziel so offen verfolgt, als es das Strafgesetz nur gestattet. In den socialdemokratischen Zeitungen und Vereinen wird dem Arbeiter fortwährend gepredigt, daß alle Anstrengungen ihm nichts helfen können, so lange die jetzige gesellschaftliche Organisation bestehe; der Arbeiter, der im Schweiße seines Angesichts kaum das trockne Brot verdiene, bleibe der weiße Sklave,

Gegenwart", 1873). Um ihre Pläne noch wirksamer zu verbreiten, wird nunmehr auch ein großes Blatt, die „Berliner freie Presse“ und ein illustriertes Wochenblatt, „Die neue Welt“, erscheinen, welches „die Ideen dem Volke erschließen soll, aus denen die neue Welt der That und Wirklichkeit hervorgehen soll.“

<sup>1)</sup> Deshalb forderte kürzlich der „Volksstaat“, der neben dem „Neuen Socialdemokraten“ im Mai 1875 zum officiellen Organ der Partei erklärt ward, einen geschickt abgefaßten socialistischen Katechismus, der geeignet sei, auch von dem am wenigst gebildeten Landmann verstanden zu werden, und spricht sich in einem Artikel „Was wir brauchen“ folgendermaßen aus: „Es ist unmöglich, daß unsere Partei zur entscheidenden Majorität gelangt, so lange uns der Bauer noch ferne steht. Nicht nur, daß er durch Fernbleiben die Sache des Volks in empfindlichster Weise schwächt und lähmt, der Bauer ist, Dank seiner politischen Unselbständigkeit, heute auch die festeste, ja sagen wir die einzige zuverlässige Stütze der Reaction, er füllt selbst nach den großartigsten Ausbrüchen des Volksunwillens die Parlamente mit reaktionären Majoritäten, er ist es im bunten Rock, der dem Proletarier, wenn er zum Aeußersten gebracht, den Kampf gegen Unrecht und Tyrannei verzweiflungsvoll aufnimmt, zum Brudergruß das tödtliche Blei hinübersendet in die freiheitsflammende Brust.“



auf dessen Kosten der Bourgeois in Saus und Braus lebe, eine Behauptung, die freilich eigenthümlich durch die Anzeigen auf der Rückseite derselben Blätter illustriert wird, welche zu Arbeiterbällen mit 1 Mark Entrée einladen. Es würde, sagte kürzlich der „Volksstaat“, nicht eher besser, als bis die Arbeiter dem Fabrikherrn erklärten, sie seien Dummköpfe gewesen, sich für ihn abzuschinden. „Deine Fabrik ist von heute an unsre Fabrik, das Eigenthum der richtigen Eigenthümer, des arbeitenden Volks, und du magst zusehen, wie du dich durchbringst.“ — Die Ideen von Vaterland und Nationalität werden als veraltete Irrthümer hingestellt, die von Priestern und Königen zur Knechtung der Völker erfunden seien, nur die Menschheit sei eine Wahrheit, die ganze überlieferte Weltgeschichte sei im Sinne der Fürsten und siegreichen Parteien gefälscht, die Führer der Schreckenszeit der französischen Revolution und der Pariser Commune werden als Helden und Märtyrer des Volkes gefeiert; unter der Commune stellte ein Redner die Geschichte von Cain und Abel so dar, daß Ersterer der tüchtige Arbeiter gewesen, der in dem verrätherischen Bruder das Privilegium vernichtet habe<sup>1)</sup>. Die Ehe soll der freien Liebe Platz machen, die Kinder sollen alle gleich und auf gemeinsame Kosten erzogen werden, vor allem muß der Glaube an Gott als der Schlußstein der alten Gesellschaft ausgerottet werden. Deshalb wollte die Commune allen denen, die diesen Glauben festhielten, das Stimmrecht nehmen „en fait de bons dieux, nous n'en connaissons qu'un, l'homme.“ Noch kürzlich wies der „Volksstaat“ mit Erbitterung darauf hin, daß die großartigste Verdummungsanstalt und Propaganda der Lüge, nämlich die britischen Bibelgesellschaften, ein jährliches Einkommen von 12 Mill. M. hätten, und fügt hinzu: „Was könnten wir auch nur mit dem hundertsten Theile dieser Summe vollbringen! Wie armselig nehmen sich die Zahlen unserer Parteirechnungen dagegen aus! So ist es aber in dieser besten der Welten: Lüge, die freche Meze, wird mit Schätzen überhäuft, indeß Wahrheit, das Bettelkind,

<sup>1)</sup> Was unsere Socialdemokratie in der Behandlung biblischer Geschichte leistet, zeigt Anhang I.



in Lumpen geht.“ Wahrlich, solchen Aeußerungen gegenüber, gehört ein sehr naiver Optimismus dazu, mit einem Referenten auf dem letzten Congreß für innere Mission in Dresden zu glauben, daß die ruchlosen Utopien der Socialdemokratie nicht bei den nüchternen, ehrlichen, sittlich = gebildeten Deutschen Anklang finden könnten. Wenn der „Volksstaat“ neulich allen Ernstes fragte: „Könnte der Socialismus vorsichtiger, gemäßigter, schüchterner zu Werke gehen als im Frühling 1871 in Paris?“ so schließe ich daraus, daß unsre Socialdemokraten, wenn sie nur die Macht dazu hätten, auch nicht zögern würden, unsre Hauptstädte in derselben Petroleumbeleuchtung scheinen zu lassen, welche Paris fünfmal mehr kostete als die ganze deutsche Belagerung<sup>1)</sup>.

Gewiß sind keineswegs Alle, welche sich zur Socialdemokratie halten, über die Consequenzen ihrer Principien klar, die Masse läuft einfach ihren Propheten nach. Es ist das begreiflich, weil die wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen, auf die es hier ankommt, zu den verwickeltsten und schwierigsten gehören; es ist aber auch charakteristisch für das untilgbare Autoritätsbedürfniß des Menschen, daß gerade die Partei, welche die bestehende Ordnung stürzen will, ihren Führern so blind folgt, wie die Ultramontanen den Priestern und zwar Führern, welche meistens keineswegs als sittliche Vorbilder gelten können. Ging doch die Bewegung in Deutschland wesentlich von einem Manne aus, der, gewiß hochbegabt, sein Talent nur zur Aufstachelung des Klassenhasses brauchte, aber nie einen Thaler seines übererworbenen Vermögens zur wirklichen Vinderung der Noth des Volkes geopfert und ein seines Abenteuererlebens würdiges Ende genommen hat. Unstreitig sind unter ihren Führern auch ehrliche Fanatiker, alle aber schmeicheln den untersten Klassen auf das Unerhörteste<sup>2)</sup> und stellen deren Fehler, wo dieselben nicht

1) Es läßt sich schwerlich in Abrede stellen, daß jener verunglückte Versuch, die Pöbelherrschaft in einer Weise zu begründen, welche die dunkelsten Nachseiten der menschlichen Natur zeigte, durch die erbarmungslose Vergeltung, welche Armee und Bourgeoisie übten, die Socialdemokratie keineswegs eingeschüchtert hat, die vielmehr in dieser Episode einen Vorschmack ihrer künftigen Herrschaft fühlt.

2) z. B. Lassalle, Arbeiterprogramm. Zürich 1863, S. 57. „Der Gegensatz



zu leugnen sind, lediglich als die Schuld der gegenwärtigen Gesellschaft dar.

Wie aber ist es möglich, daß eine Partei von diesen Grundsätzen, welche bis zum Jahre 1869 in Deutschland noch so gut wie gar keinen Boden hatte, in so kurzer Zeit zu solcher Bedeutung gelangt ist? können bloße Chimären das bewirkt haben oder trifft nicht auch hier das Wort zu, daß selbst der kräftigste Irrthum nur durch die ihm beigemischte Wahrheit besteht und wirkt und eben deßhalb auf neue Aufgaben hinweist? das ist die Frage, die zu beantworten ich versuchen möchte, und zu dem Ende fasse ich drei Punkte in's Auge: Was ist das Wesen des Socialismus, woher kommt er, was ist ihm gegenüber zu thun? die letzte Betrachtung wird uns denn auch zeigen, wie zu ihm das Christenthum steht.

## I.

Wende ich mich nun zuerst zum Wesen des Socialismus, so muß ich betonen, daß, um das Princip einer Bewegung richtig zu fassen, man nicht an deren Auswüchsen hängen bleiben darf, sondern zu der Wurzel hinabsteigen muß, aus der sie ihre Kraft zieht. Jene wilde Feindschaft gegen alle menschliche und göttliche Ordnung, die in unserer heutigen Socialdemokratie unleugbar besteht, ist an sich sowenig im Wesen des Socialis-

des persönlichen Interesses der höheren Stände und der Culturentwicklung der Nation ist es, welcher die hohe und nothwendige Unsittlichkeit der höheren Stände hervorruft. Sich täglich widersetzen müssen allem Großen und Guten, sich betrüben müssen über sein Gelingen, seine weiteren Fortschritte aufhalten, es ist ein Leben in Feindes Land, und dieser Feind ist die sittliche Gemeinschaft des eignen Volks. — Dieser Gegensatz fehlt bei den untern Klassen der Gesellschaft zu ihrem Glück; wo hier Selbstsucht vorhanden, ist sie Fehler des Einzelnen, nicht der nothwendige Fehler der Klasse. Die Verbesserung ihrer Lage fällt zusammen mit der Culturentwicklung des gesammten Volkes. Ihre Sache, meine Herren (die Arbeiter), ist die Sache der Menschheit. Sie sind in der glücklichen Lage, daß Ihr wahres persönliches Interesse zusammenfällt mit dem zuckenden Pulsschlag der Geschichte, mit dem treibenden Lebensprinzip der sittlichen Entwicklung". Und das socialistische Partei-Programm vom 25. Mai 1875 sagt: „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind“.



mus begründet wie die Phantastereien eines Fourier oder Enfantin, sie brauchte sich nicht zu zeigen, wenn die Grundforderung des Socialismus über Nacht erfüllt werden könnte. So ist es in seinem Prinzip keineswegs gegeben, daß die Ehe aufhöre, vielmehr ist einer seiner Apostel, Proudhon ihr eifrigster Verfechter, er erklärt sie für die einzig ehrwürdige Institution, weil sie in ihrer Reinheit ein Vertrag absoluter Selbstaufopferung, eine Incarnation der Gerechtigkeit sei, und verwirft energisch die Emancipation der Frauen, mit der Mill uns beglücken möchte. Es ist auch durchaus falsch, wenn man behauptet, der Socialismus wolle in dem Sinne das Eigenthum aufheben, daß niemand mehr etwas Eigenes besitzen solle oder von Zeit zu Zeit alles Eigenthum neu vertheilt werden solle; nicht einmal die Aufhebung des Erbrechts liegt nothwendig in seinem Prinzip. Ebenso ist es ein grobes Mißverständniß, aus den Declamationen der Socialisten gegen das Kapital den Schluß zu ziehen, es solle dasselbe überhaupt beseitigt werden, und so gewiß ihr Treiben heute gottlos-materialistisch ist, so würde auch das noch nicht unbedingt Folge einer socialistischen Gestaltung der Gesellschaft sein. Wenn ich nun frage, was das Wesen des heutigen Socialismus macht, so muß ich zuerst sagen, wen ich als hauptsächlichsten Vertreter desselben betrachte und das ist Karl Marx in London mit seinem Buch: das Kapital. — Der moderne socialistische Gedanke datirt zwar schon von der französischen Revolution und hat mannigfache Phasen durchlaufen, die man aber, Proudhon eingeschlossen, als überwunden betrachten kann, und was Lassalle betrifft, so hat er zwar eine weit größere praktische Bedeutung gewonnen, weil erst sein agitatorisches Talent den Socialismus populär zu machen verstand, demselben durch zündende Beredsamkeit und den Schein geschichtsphilosophischer Begründung breiteren Boden zu geben wußte<sup>1)</sup>, den eigentlichen

<sup>1)</sup> Unstreitig gehört Lassalle zu den bedeutendsten Agitatoren der Neuzeit, trotz alles Phrasenschwatts hat seine Beredsamkeit Momente, die an Mirabeau erinnern. Für seine wissenschaftliche Objectivität mag es genügen anzuführen, daß er die Bauernkriege eine durchaus reaktionäre Bewegung nennt, weil die Bauern nicht bloß als vernünftige Wesen, sondern als Grundbesitzer eine Vertretung im



Kern seiner Lehre hat er bis auf die Terminologie hinab von Marx entlehnt <sup>1)</sup>. Dieser Kern ist nun ein einziges wirthschaftliches Princip, aber ein unendlich folgenschweres, die Collectivproduction, die wir daher etwas näher betrachten müssen.

Das gesammte wirthschaftliche Leben vollzieht sich in der Wechselwirkung der Erzeugung und der Verzehrung der Güter, die der Mensch braucht; wir arbeiten um essen zu können, wir essen damit wir wieder arbeiten können. Daß nun die Verzehrung, die Consumption nur individuell sein kann, liegt auf der Hand; dasselbe Stück Brod kann nur Einer essen, dasselbe Kleid nur Einer tragen. Anders aber steht es mit der Erzeugung der Güter, der Production und ihrer Vertheilung zum persönlichen Verbrauch. Die Erfahrung zeigt dem Menschen, daß wenn er seine Kraft auf eine bestimmte Arbeit beschränkt, seine Fertigkeit in derselben und folglich ihr Ertrag sich steigern; es bildet sich also eine stillschweigende Uebereinkunft, kraft welcher die Ein-

Staate zu haben verlangten (Arbeiterkatechismus, 1863, S. 61) und daß er die wirthschaftlichen Lehren der liberalen Schule als Axiom behandelt, die jeder annehmen müsse, der nationalökonomisch zurechnungsfähig sein wolle (Offenes Sendschreiben, 1863, S. 16); die Frechheit des gewissenlosen Demagogen aber tritt hervor, wenn er vor Gericht behauptete: „Ich versöhne den Arbeiterstand mit der Bourgeoisie in der Geschichte, indem ich die objective Vernünftigkeit dieser Herrschaft aufzeige. Ich versöhne ihn damit, denn das ist die höchste Versöhnung, daß wir die Vernünftigkeit von dem begreifen, was uns bewegt.“ (Die Wissenschaft und die Arbeiter, 1863, S. 34).

<sup>1)</sup> Und zwar wie Marx ihm nicht ohne Bitterkeit vorhält, ohne Quellenangabe. (Das Kapital, 2. Aufl., S. 4.) Lassalle's Behauptung, sein „Offenes Sendschreiben“ sei in vielfachster Hinsicht eine wissenschaftliche That, steht somit auf schwachen Füßen. Marx' ökonomische Studien sind ungleich umfassender, aber sie beschränken sich doch wesentlich auf englische und französische Schriftsteller. Nur so ist es zu erklären, daß er behaupten konnte (S. 817): „Wie zur klassischen Zeit der bürgerlichen Oekonomie blieben die Deutschen auch zur Zeit ihres Verfalls bloße Schüler, Nachbeter oder Nachtreter, Kleinhausfuxer des ausländischen Großgeschäfts.“ Hermann's Untersuchungen ignorirt er ebenso wie die Schriften von Rau, Knies, Wagner, Schmoller u. s. w. und beschränkt sich auf eine skurrile Polemik gegen Roscher. Und was seine Methode betrifft, so ist seine Dialektik trotz alles Scharfsinns doch im eminenten Sinne ein „Hinüberreden in ein Anderes.“ Daß der vaterlandslose Mitbegründer der Internationale für das deutsche Reich nur Hohn und Haß hat, versteht sich von selbst.



zelnen verschiedenartige Beschäftigungen wählen und die Ergebnisse derselben untereinander austauschen: das ist das Gesetz der Theilung der Arbeit und die Folge derselben die verschiedenen Berufsklassen. Diese Theilung der Arbeit, die für jede Gesellschaft nothwendig wird, welche über die primitivsten Zustände hinauskommt, wird auch vom Socialismus nicht angefochten. Unleugbar aber wird jene Gliederung der Gesellschaft zu einem Unrecht, sobald einzelne Klassen nicht arbeiten, sondern sich von der Arbeit Anderer ernähren lassen und daß dieß häufig der Fall gewesen, zeigt die Geschichte unwiderleglich, insbesondere welche Kämpfe es gekostet, auch nur die schärfste Ausprägung dieses socialen Unrechts, die Sklaverei und Hörigkeit allmählig zu beseitigen. Der Socialismus nun behauptet, daß eine Unterdrückung und Ausbeutung der unteren Klassen durch die höheren zwar nicht mehr rechtlich, doch thatsächlich auch heute noch bestehe. Rechtlich könne freilich niemand mehr zu einer Arbeit gezwungen werden, jeder dürfe sich dem Gewerbe zuwenden, von dem er den besten Erfolg erwarte, thatsächlich aber sei der Arbeiter unfrei, die Gewerbefreiheit ist für ihn, sagt Lassalle, die Freiheit, den Zweig zu wählen, in dem er nicht arbeiten kann oder in dem er arbeitend hungern muß, die Freizügigkeit das Recht, den Ort zu wählen, wo er hungern muß. Marx anerkennt, daß wo wirklich Arbeit und Privateigenthum verbunden sind, wie bei dem Bauer, der sein Feld baut, oder dem Handwerker, der mit seinem Werkzeug seinen Stoff bearbeitet, das Verhältniß normal ist; diese Form des Kleinbetriebes aber könne sich nicht gegen den Großbetrieb halten, welcher auf Ausbeutung fremder Lohnarbeit beruhe und das kleine Kapital immer mehr auffauge. Nach einem ehernen Gesetz bleibe unter den heutigen Verhältnissen, eben durch die Concurrrenz der Arbeiter selbst, der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den nothwendigen Lebensunterhalt beschränkt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich sei<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> So formulirt es Lassalle „Offenes Sendschreiben an das Central-Comité“, 1863, S. 15, und setzt hinzu, über diesen Durchschnitt könne sich der Lohn nicht dauernd erheben, denn sonst würde sich durch die bessere Lage der Arbeiter ihre



Der ganze übrige Gewinn der Production falle dem Unternehmer zu, was nur durch den Geldlohn verdeckt werde. Nichts vermöge dieses grausame Gesetz zu beseitigen, als den Arbeiterstand zu seinem eignen Unternehmer zu machen, so daß jene Scheidung von Lohn und Unternehmergeinn fortfalle und an die Stelle der Arbeitsertrag als Vergeltung der Arbeit trete. Die Wortführer des Socialismus sind also keineswegs so unvernünftig, das bekannte Wort „Eigenthum ist Diebstahl“, oder wie Lassalle sagt, „Fremdthum“ so aufzufassen, als ob jeder heutige Besitzer einer Sache ein Dieb sei; Marx erklärt vielmehr ausdrücklich (S. 6), er wolle nicht den Einzelnen für Verhältnisse verantwortlich machen, deren Geschöpf er social bleibe, er behauptet aber, der gegenwärtige Zustand sei ein Unrecht, das heutige Kapital beruhe seiner Masse nach entweder auf Eroberung, Hörigkeit, Privilegien, Ausraubung der Colonien, eingezogenem Kirchengut oder auf jenem Kapitalbildungsproceß, welcher die nothwendige Folge unserer Production, aber auch zugleich eine Ausbeutung der Arbeiter sei, gegen welche diese nicht aus eigener Kraft ankämpfen könnten. Eben deshalb soll nicht etwa das Kapital beseitigt werden, sondern Collectivcapital werden, wie die Arbeit Collectivarbeit<sup>1)</sup>. Ueber die Ausführung dieses Planes weichen

Zahl und somit das Angebot von Händen vermehren, unter ihn nicht dauernd sinken, weil das Elend dann das Angebot verringere und den Lohn auf den früheren Stand zurückbringe. Jeder, der dieses Gesetz nicht anerkenne, wolle täuschen oder sei von der kläglichsten Unerfahrenheit in der nationalökonomischen Wissenschaft, „denn es gibt in der liberalen Schule selbst nicht Einen namhaften Nationalökonom, der dasselbe leugnete. Adam Smith wie Say, Ricardo und Malthus, Bastiat wie J. St. Mill sind einstimmig darin, es anzuerkennen. Es herrscht hierin eine Uebereinstimmung aller Männer der Wissenschaft.“ Mit diesen Autoritäten soll die Sache entschieden sein. Auch das Programm der socialdemokratischen Partei vom Mai 1875 fordert „Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung der Lohnarbeit“.

<sup>1)</sup> Maiprogramm. „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse. Die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen. Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit.“



nun die Socialisten sehr von einander ab. Proudhon<sup>1)</sup> wollte den Eigenerwerb beibehalten, ja erklärte jeden Versuch die Arbeit organisiren zu wollen für Unsinn, da ihre Freiheit die wichtigste des ganzen Lebens sei, er wollte nur den Credit durch eine große Volks-Bank organisiren. Lassalle verwirft das, sowie die Schulze-Dehli'schen Vorschuß- und Rohstoff-Bereine, weil dieselben nur den Todeskampf des Kleinbetriebs gegen die Groß-industrie verlängern, er will Productiv-Bereine der Arbeiter mit Staatsunterstützung; Marx dagegen weist diese Nutzenanwendung zurück, sein Prinzip führt zur Forderung einer einheitlichen Organisation. Die Stunde hiefür werde gekommen sein, wenn der gegenwärtige Prozeß der Kapitalbildung sich vollendet habe, mit der Concentration des Kapitals in den Händen einer beständig abnehmenden Zahl von Kapitalmagnaten wächst das Elend und die Empörung der stets anschwellenden, aber auch durch die bisherige Production geschulten Arbeiterklasse, „die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriirt. Und dieser Prozeß wird nicht so langwierig, hart und schwierig sein als die vorherige Umwandlung des auf eigener Arbeit beruhenden Eigenthums in kapitalistisches, denn dabei handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse.“ (S. 793). Wie das geschehen soll, falls die Expropriation nicht einfach Confiscation wird, kann man sich freilich schwer vorstellen, die Ablösung der Feudallasten, welche oft angeführt wird, paßt nicht, weil dabei die Privilegirten durch Kapital entschädigt wurden, während hier das Privatkapital beseitigt werden soll. Es könnten also nur Dinge gegeben werden, die zum unmittelbaren Verbrauch dienen; erhielte der Kapitalist eine bedeutende Summe derselben auf einmal, so würde er wenig damit anfangen können, erhielte er sie als Rente auf viele Jahre vertheilt, so wäre die Ungleichheit erhalten, die man beseitigen will. Wie sodann die Organisation der Arbeit durchgeführt werden

<sup>1)</sup> Anhang II.



soll, darüber gibt Marx nur sehr unbestimmte Andeutungen, sein Werk soweit es vorliegt ist wesentlich Kritik und Theorie. Entweder also muß man nach letzterer versuchen seinen Zukunftsstaat zu construiren, der die einheitlich geleitete Collectivproduction verwirklichen und jedem den gleichen Antheil an Arbeit und Genuß sichern soll<sup>1)</sup>, dagegen aber würde er, wenn auch die Schlüsse noch so logisch wären, sobald sich widersinnige Eventualitäten herausstellten, voraussichtlich immer entgegen, man schreibe ihm Dinge zu, an die er nicht gedacht. Sieht man aber von einer einheitlichen Gesamtorganisation ab, so ist zur Verwirklichung der Collectivproduction mindestens erforderlich, daß jeder einzelne Zweig der Production von Staatswegen organisiert würde wie heute Post, Telegraphie, Tabaksmonopol, so daß alle Concurrrenz wegfiere, also concurrerzfähige Artikel des Auslandes, sowie Waaren, welche das Inland nicht erzeugt, nur vom Staat bezogen und verkauft werden dürften. So faßt es das Maiprogramm II.; es fordert Errichtung von socialistischen Productivgenossenschaften unter der demokratischen Controle des arbeitenden Volkes. „Diese sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die socialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.“ Mit der Beseitigung der Concurrrenz würde dann auch gemäß dem Grundsatz, daß die Arbeit durch die Arbeit bezahlt werden soll, das Geld wegfallen, was die Anhäufung des Privatkapitals ermöglicht, an seine Stelle würden Anweisungen treten, mit welchen die Arbeit bezahlt würde und für welche jeder Arbeiter seine Bedürfnisse eintauschen könnte. Wenn also die Arbeitszeit 9 Stunden betrüge, so erhielte jeder am Abend 9 Anweisungen, wofür er Brod, Kohlen, Kleider u. s. w. aus den allgemeinen Niederlagen holen könnte, der Preis dieser Artikel würde wiederum berechnet nach der durchschnittlichen Arbeit, welche ihre Herstellung kostete, der Arbeitstag bezahlt den Arbeitstag, im Ganzen oder in Brüchen<sup>2)</sup>. Mag man nun aber das Eine oder

<sup>1)</sup> Anhang III.

<sup>2)</sup> Von diesem Standpunkt verspottet Marx ganz richtig „die Pssiffigkeit des kleinbürgerlichen Socialismus, der die Waarenproduction verewigen, aber



das Andre annehmen und rückhaltslos zugeben, daß der Socialismus die Verwendung des Einkommens nicht zu berühren braucht, so daß die Einzelwirthschaft der Familie fortbestehen würde und jeder mit dem, was er erworben, machen könnte, was er will — es verzehren, vertauschen, verschenken, seinen Kindern hinterlassen, für seinen religiösen Cultus, Wissenschaft und Kunst verwenden — so viel ist doch klar, daß, wie ja die Socialisten offen anerkennen, die Verwirklichung ihrer Ideen die ganze gesellschaftliche Ordnung, wie sie von Anfang der Geschichte an bis heute bestanden hat, vollständig umwälzen würde. Indeß ehe man sich auf ein solches Experiment einläßt, wird man doch prüfen müssen, ob die Prinzipien, von denen der Socialismus ausgeht, an sich haltbar und ob sie überhaupt zu verwirklichen sind. Beides ist zu verneinen.

Was zunächst die Kritik der Gegenwart betrifft, so ist es sehr auffallend, daß der Socialismus seine eigentlich wirthschaftliche Grundanschauung einfach von der liberalen Schule herüber genommen hat, welche die Nationalökonomie nach Analogie der Naturwissenschaften behandelt, bei denen die Aufgabe nur ist, die unwandelbaren Gesetze zu beobachten und auszuheuten, nicht etwa auf sie abändernd einzuwirken. Grade dieser Standpunkt ist falsch; in der Nationalökonomie fehlen die in der Natur vorhandenen allgemeinen und beständigen Thatsachen, diese müssen vielmehr jedesmal erst festgestellt werden und deshalb sind alle wirthschaftlichen Gesetze relativ, ist das als unumstößlich behauptete eiserne Lohngesetz falsch. Der Lohn wird freilich wie der Preis jedes Dinges durch Angebot und Nachfrage, also durch Concurrrenz bestimmt, aber wird durch diese keineswegs auf den nothwendigsten Lebensunterhalt beschränkt. Wäre das der Fall, so müßten alle Arbeiter an einem Orte ziemlich gleichen Lohn erhalten, denn der nothwendige Lebensunterhalt kostet an demselben Orte für Alle gleich viel. Hiegegen hat Rodbertus <sup>1)</sup> eingewandt, der nothwendige Unterhalt

den Gegensatz von Geld und Waare, also das Geld selbst, abschaffen will.“  
S. 65.

<sup>1)</sup> In dem Aufsatz „Zum Normalarbeitstag“ im Hamb. Corresp. vom 17. Juli 1872.



sei ein sehr wandelbares Maaß, das nicht bloß von der consumirten Muskelkraft abhängt, sondern vielen Einflüssen unterliege; der Goldarbeiter könne z. B. bei seiner sitzenden Lebensweise sich nicht von Brod und Speck nähren wie der Bauer, der nothwendige Unterhalt sei also der Lohn, der nothwendig, um in jeder Klasse von Arbeit die Arbeiter zu stellen. Diesen relativen Unterschied kann man in einem gewissen Maaße zugeben, ohne daß dadurch das Lohngesetz bewiesen wäre, denn dann müßten wenigstens in jeder Klasse der Arbeit alle Arbeiter gleichen Lohn erhalten. Der Lehrling, der sich eben so angestrengt hat, wie der Altgeselle, braucht ebenso viel wie dieser zu seinem nothwendigen Unterhalt. Jedermann aber kann sich überzeugen, daß die Löhne innerhalb eines Gewerbes verschieden sind, weil eben die Höhe des Lohnes ihrerseits von ebenso vielen Factoren abhängt, wie der nothwendige Unterhalt, vom Stande der Industrie, vom Preise der Rohstoffe wie Produkte, dem Absatz, den verfügbaren Kapitalien, dem Zinsfuß, vor allem aber von der Tüchtigkeit der Arbeiter selbst. Nicht bloß die höhere Anstrengung, die entsprechenden Ersatz fordert, sondern auch die höhere Intelligenz wird höher bezahlt. Hätte Rodbertus Recht, so wäre es unbegreiflich, wie ein Arbeiter, der mit nichts angefangen, wie Borsig, sich zum Millionär hätte aufschwingen können, wie überhaupt ein Arbeiter durch Begabung, Fleiß und Consequenz es zu mehr bringen könnte als der andere. Die täglich bezeugte Thatsache, daß dies möglich, widerlegt schon die Behauptung eines ökonomischen Fatums, das erbarmungslos die Individualität zermalme. Dies führt nun auf den tiefsten Irrthum des Socialismus, indem er den Werth einer Sache lediglich nach der auf dieselbe verwandten Arbeit mißt<sup>1)</sup>. Arbeit ist die persönliche Anstrengung zur Befriedigung von Bedürfnissen, die erzeugten Dinge sollen nichts als verkörperte Arbeit, geronnene Arbeitszeit, Arbeitsgallerte u. s. w. sein, ihr Preis bestimmt

<sup>1)</sup> So auch das Maiprogramm. „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Cultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich, so gehört ihr, d. h. allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsproduct bei allgemeiner Arbeitspflicht.“



werden nach der „durchschnittlichen gesellschaftlichen Arbeitszeit“, die zu ihrer Herstellung nöthig sei; was die Natur ohne Arbeit hervorbringt, soll kein selbständiger Factor des Werthes, sondern nur Mittel, ihn zu erzeugen, sein, wie Hacke und Schaufel. Der radikale Irrthum dieser Theorie, die allerdings nicht der Socialismus erfunden, sondern von der liberalen Schule ebenso angenommen hat, wie die allgemeine Norm des Lohnes als des natürlichen Preises der Arbeit, ist nun, daß der Werth eines Dinges sich niemals bloß danach bestimmen kann, was seine Herstellung kostet, sondern zugleich danach, was es dem, der es braucht, leistet; der Werth eines Gutes ist also bedingt durch die Herstellungskosten einerseits, den Gebrauchswerth andererseits, und das Verhältniß beider drückt sich aus im Preise. Gewiß gibt es Verhältnisse, wo fast der ganze Werth eines Gegenstandes durch die darauf verwandte Arbeit repräsentirt wird, wie bei einer kunstvollen Stickerei, einem schönen Gemälde. Aber gerade diese Beispiele zeigen die Bodenlosigkeit der socialistischen Theorie, welche alle Arbeit gleich lohnen will, die Rafiels wie die seines Farbenreibers, die Göthe's, der den Faust schuf, wie die des Setzers, der ihn druckte. Eine ideale Rangordnung der Arbeit soll nicht bestehen und doch erklärt nur sie das Phänomen, daß die leichte Skizze eines großen Künstlers höher bezahlt wird als das Quadratmeter große Bild des Pfuschers. Der Unterschied wird eben begründet durch die Verschiedenartigkeit des Genusses, welche die beiden Leistungen ihren Käufern gewähren; die Arbeit allein macht dabei so wenig aus, daß ein kunstvoll gewirkter Stoff, wenn er aus der Mode gekommen oder unschöne Farbenwirkung zeigt, wohlfeiler zu erhalten ist, als das leichte Gewebe, nach dem Alle begehren. Dieser Gebrauchswerth, der immer bestimmend mitwirkt, wird häufig allein entscheidend. In heißer Wüste ist ein Glas kaltes Wasser mehr werth als ein Sack mit Perlen, auch wenn das Wasser plötzlich aus dem Boden springt, also gar keine Arbeit gekostet hat, während die Perlen vom Taucher mit Lebensgefahr aus der Tiefe geholt sind. Käme es bloß auf die Arbeit an, so müßten guter und schlechter Wein gleich viel werth sein, wenn beide gleich viel Arbeit kosten,



und Pfirsiche müßten wohlfeiler als Kartoffeln sein, wenn die letzteren mehr Cultur fordern; ein schlechter Pflug müßte so viel kosten wie ein guter, wenn auf beide nur gleich viel Arbeit verwendet wird; eine Operation, zu der ein ungeschickter Arzt eine Stunde braucht, müßte besser bezahlt werden, als die, welche ein geschickter in 10 Minuten vollzogen, denn einerlei, ob sie dem Patienten mehr Schmerz gemacht, sie hat dem Operateur mehr Arbeit gekostet. Die Natur ist aber nicht Arbeitsmittel wie Pflug und Hacke, sondern Vorbedingung und Grundlage aller Production, der Mensch kann nur die Stoffe bearbeiten, welche die Natur ihr liefert, während diese auch ohne alle menschliche Arbeit Dinge hervorbringt, welche ihren Werth haben, von den wildwachsenden Beeren bis zu dem Golde, das jemand plötzlich gediegen unter dem Sande findet <sup>1)</sup>. Der Socialismus würde in der Praxis mit seiner Werththeorie bald in's Gedränge kommen, z. B. er hätte berechnet, daß 20 Millionen Hektol. Weizen für die Bevölkerung erzeugt werden müßten und danach die Bestellung des

<sup>1)</sup> Das sind die sogen. „freien Güter“, vgl. die treffliche Behandlung dieser Begriffe in der Neubearbeitung des Rau'schen Lehrbuchs der polit. Oeconomie von A. Wagner, 1. Theil, Grundlegung, 1876.

Mary spricht zwar von den von Natur vorgefundenen Arbeitsgegenständen, dieselben aber verwandeln sich unter seiner Hand unmerklich in Rohmaterial, d. h. „Arbeitsgegenstände, die bereits eine durch Arbeit vermittelte Veränderung erfahren haben“; das Rohmaterial wird dann Arbeitsmittel, das sich mit der Arbeit im Product verbindet, und letzteres ist dann doch nur krySTALLIRTE Arbeit (S. 165 ff.). Er spricht auch vom Gebrauchswerth, aber behauptet, dieser bestehe nur dadurch, daß in ihm abstract menschliche Arbeit vergegenständlicht sei. Die Größe seines Werthes sei zu messen nach dem Quantum der in ihnen enthaltenen werthbildenden Substanz der Arbeit. Ein Ding könne also nur Gebrauchswerth sein, wenn sein Nutzen für den Menschen durch Arbeit vermittelt sei (S. 13—15). Das ist durchaus verkehrt, denn danach könnte der ohne Arbeit emporsprudelnde Quell in der Wüste nie für die Karawane ein Werth sein, während umgekehrt die mühseligste Arbeit oft an sich keinen Werth hat, wenn ihr Product nicht Absatz finden kann. Die bekannte Geschichte von dem Künstler, der sich geübt, Erbsen durch ein kleines Loch zu werfen, und dem der Papst als Belohnung einen Sack Erbsen zu weiterer Ausbildung seiner Fertigkeit schenkte, zeigt das treffend, eben deshalb sprechen wir von „brodlosen Künsten“.



Landes geregelt: nun tritt eine Mißernte ein und es wachsen nur 10 Mill.; soll dann der Preis des Brodes nach wie vor nach der auf seine Herstellung verwendeten Arbeit berechnet werden, so müssen sich entweder Alle von vornherein freiwillig auf die Hälfte des angenommenen durchschnittlichen Brodgenusses beschränken, oder das Brod wird zu Ende gehen; jetzt aber der Socialistenstaat, um die letztere Eventualität zu verhüten und alle zu nöthigen sich zu beschränken, einen höheren Preis als den Arbeitswerth an, so fällt seine ganze Theorie zu Boden.

Wie soll nun ferner die Arbeit organisirt werden? Was die zu erzeugenden Güter selbst betrifft, so wird deren Quantität und Qualität jetzt durch die Wechselwirkung von Nachfrage und Angebot festgestellt und dadurch übersetzt sich der Wechsel des Bedarfs, der Consumption ebenso auf das Gebiet der Production, wie umgekehrt ein Schwanken der Production auf das Gebiet der Consumption, die Ausgleichung vollzieht sich wesentlich durch den Handel. Diesen muß aber der Socialismus unterdrücken, wenn er überhaupt die Concurrrenz beseitigen will. Er muß also nicht bloß durch einzelne Maßregeln in den Kampf der wirthschaftlichen Interessen corrigirend eingreifen, sondern muß es unternehmen, das jährliche Bedürfniß der Bevölkerung an allen Consumptionsorten im Voraus zu bestimmen, um danach seinen Betriebsplan der Nationalarbeit festzustellen. Es könnte das natürlich nur nach einem bestimmten Durchschnitt von Oben herab geschehen, denn wenn man die Einzelnen fragte, was sie bedürften, so würden die Anforderungen ungemein schwanken<sup>1)</sup>. Der Eine würde erklären, seine Gesundheit erfordere überwiegend Fleischnahrung, der Zweite würde ein gewisses Maß Wein verlangen, der Dritte würde die Berechtigung beider Forderungen verneinen, da man sich sehr gut von Milch und Hülsenfrüchten nähren könnte. Es könnte also das Bedürfniß nur durch die Beamten des Socialstaates festgestellt werden, damit

<sup>1)</sup> Das Maiprogramm sagt, das gesammte Arbeitsproduct gehöre allen Gliedern der Gesellschaft, „jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen“, und fordert gerechte Vertheilung des Arbeitsertrags. Was ist vernunftgemäß und gerecht, und wer soll darüber entscheiden?



aber würde diesen eine Aufgabe gestellt, die zu erfüllen der höchsten menschlichen Intelligenz unmöglich ist. Ich will von den Irrthümern hier nicht reden, welche bei einer solchen Berechnung durch Menschen, die doch auch fehlbar sind, schon an und für sich vorkommen müssen; es liegt auf der Hand, daß selbst die Aufstellung eines solchen Budgets des Bedarfs gar nicht möglich ist, weil eben dieser selbst fortwährend schwankt; in einem kalten Winter braucht man mehr Holz und Kohlen als in einem milden, wie will man im Voraus bestimmen, ob der eine oder der andere eintreten wird? Ebenso aber schwankt die Production: es genügt offenbar nicht, um eine bestimmte Menge Weizen zu erhalten, so viel Hektaren bestellen zu lassen, als durchschnittlich jenen Ertrag geben, einmal hängt derselbe vom Fleiß der Arbeiter ab, andrerseits von Ereignissen, die jeder Berechnung spotten; es tritt eine Mißernte ein und es wächst auf derselben Fläche nur die Hälfte von dem was die Bevölkerung braucht, woher soll die andere Hälfte kommen? Jetzt ist die Antwort einfach, wir beziehen das Fehlende aus anderen Ländern, die mehr haben als sie brauchen; wie aber will der Socialistenstaat das machen? vielleicht hat er mehr Kohlen als er braucht, doch das Land, von welchem er Weizen haben möchte, hat selbst genug Kohlen, das Geld aber, mit dem wir jetzt bezahlen, wenn die Einfuhr die Ausfuhr übersteigt, hat er durch Anweisungen auf heimische Genußmittel ersetzt, welche das Ausland schwerlich nehmen wird.

Nun die Vertheilung der Arbeit. Heute thut jeder was er kann und von dem, was er kann, das was ihm am meisten zusagt, oder wovon er sich den besten Erfolg verspricht, der Gassenkehrer würde lieber ein Kunstdrechsler sein und das Dreifache verdienen, wenn er die Arbeit thun könnte, die höheren Lohn bringt. Diese Freiheit der Wahl des Berufes muß im Socialistenstaat, einerlei ob die ganze Production oder nur die jedes Zweiges centralisirt wird, vollständig wegfallen, denn sie würde den ganzen Betriebsplan der Arbeit von vornherein vereiteln; die Annahme Fouriers, daß jeder Mensch Neigung zu einer bestimmten Thätigkeit habe und wenn man diese nur treffe, mit



Leidenschaft darin arbeite, ist zu naiv, um ernstlich erwogen zu werden, denn die Zahl der Lastträger oder Steinklopfer aus Passion dürfte gering ausfallen. Es muß also der Beruf angewiesen werden, gleichviel ob er dem Betreffenden zusagt, je nachdem der Staat den Einzelnen dafür geeignet hält; daß dabei Mißgriffe unvermeidlich sind, ist klar und eben deshalb müßte diese Einstellung in die verschiedenen Arbeitszweige als eine Tyrannei empfunden werden, gegen welche die des absoluten Polizeistaats ein Kinderspiel wäre; dieser hemmt uns nur in bestimmten Anwendungen unserer Freiheit, im Socialistenstaat würde von der Obrigkeit bestimmt vorgeschrieben, was und wie viel jeder arbeiten muß; der Arbeiter, der jetzt behauptet, daß er trotz der rechtlichen Freiheit seinen Beruf zu wählen, thatsächlich unfrei sei, würde dann auch rechtlich unfrei, d. h. Sklave, denn Zwang bleibt Zwang, ob er von der heutigen Polizei oder von den Beamten des Socialistenstaats ausgeübt wird und wenn man dagegen einwendete, daß der Arbeiter dann doch wenigstens sicheren Lebensunterhalt hätte, so hat das der Sklave auch, weil es im Interesse seines Herrn ist, ihn arbeitsfähig zu erhalten.

Sodann die Arbeit selbst. Mit der bloßen Anweisung und Uebernahme derselben ist noch nichts gethan, es kommt darauf an, was mit ihr erreicht wird. Heute liegt der Trieb zur Arbeit im natürlichen Bedürfniß, der Nothwendigkeit, für sich und die Familie zu sorgen, und eben darin liegt der Reiz, mit möglichst geringen Kosten möglichst viel zu produciren, also das Bestreben, fleißig und wirthschaftlich zu sein und es durch Sparsamkeit einerseits, durch Ausbildung in der Berufsthätigkeit andererseits möglichst weit zu bringen. Dies Motiv würde im Socialistenstaat wegfallen: einmal wird alle Arbeit gleich hoch gelohnt, niemand wird sich also die Mühe geben, ein schwieriges Gewerbe zu lernen, da er weiß, daß er doch nur so viel Erwerb in Aussicht hat wie der Steinklopfer; wird diese Ungeneigtheit aber durch den Zwang des Staats beseitigt, so wird derselbe wohl erreichen können, daß jemand z. B. Arzt wird, niemals, daß er ein geschickter und fleißiger Arzt wird. Daß aber ohne jenes persönliche Interesse der Mensch aus eigener Neigung fleißig sein



werde, wie Fourier annimmt, ist ebenso unglaublich wie die Versicherung Louis Blancs, er werde es schon aus Ehrgefühl thun, weil er sich sagen müsse, daß sein Unfleiß dem Ganzen schade; es gibt unstreitig Menschen, die aus unbezwinglichem Thätigkeitstrieb oder reiner Hingebung arbeiten, wiewohl gewiß selten und nur in speziellen Zweigen; von der Masse es zu erwarten, sobald das Bedürfniß und Interesse wegfällt, ist psychologisch absurd. Wenn der Socialismus zugibt, daß die schwierigere und tüchtigere Arbeitsleistung auch entsprechend höher gelohnt werde als die leichtere und schlechtere, dann fällt seine ganze Werththeorie, die auf dem durchschnittlichen Arbeitstag beruht, ebenso wie wenn er anerkennt, daß der Preis der Güter nicht bloß nach der darauf verwendeten Arbeit, sondern auch nach ihrem Gebrauchswerth sich regelt. Davon aber sind die Socialisten soweit entfernt, daß z. B. L. Blanc nicht bloß alle Arbeit gleich bezahlen wollte, sondern eine umgekehrte Ungleichheit forderte, daß nämlich der Lohn sich nicht nach der Leistung, sondern der Bedürftigkeit richten solle <sup>1)</sup>: je mehr jemand leisten könne, desto mehr Arbeit müsse ihm auferlegt werden, wofür er doch nur so viel Lohn erhalten solle, als er bedürfe; der schwache unfähige Arbeiter, der wenig beschickt, aber viele Kinder hat, erhält also mehr als der tüchtige, hart arbeitende, der unverheirathet ist. Ist dies nun kein allgemeiner Satz des Socialismus, so doch gewiß der der Gleichheit aller Arbeit und ihrer Alleinberechtigung als Werthmesser; gibt er diese Axiome auf, so fällt das ganze Kartenhaus seines Zukunftsstaats.

## II.

Sind also die Prinzipien des Socialismus falsch und ist ihre Verwirklichung unmöglich, so fragt es sich, wie können sie eine solche Macht üben? also woher kommt der Socialismus? Ich antworte, aus dem System von Grundsätzen, welches mit dem Namen des Liberalismus zu bezeichnen ist. Selbstverständlich fällt dieß nicht mit der Bedeutung von liberal seinem Wort-

<sup>1)</sup> Auch das Maiprogramm stellt das „vernunftgemäße Bedürfniß“ als Maß auf.



sinne nach zusammen, es ist vielmehr die Weltanschauung gemeint, welche davon ausgeht, daß von Natur alle Menschen durchweg gleichberechtigt sind. Von diesem Punkte aus bilden sich zwar wieder mannigfache Parteien, die sich unter einander lebhaft bekämpfen, je nachdem sie mehr oder weniger rückhaltslos die Consequenzen des Grundprinzips ziehen, dieses selbst aber ist ihnen allen gemein. Nun läßt sich freilich nicht leugnen, daß die Menschen an Kräften und Begabung thatsächlich ungleich sind; aber entweder behauptet der Liberalismus mit Rousseau, daß diese natürliche Ungleichheit gar nicht in Betracht komme im Vergleich mit der, welche durch Erziehung und Institutionen erzeugt werde; der Mensch sei von Natur gut, er bleibe es und werde glücklich, wenn er nur seine Gaben frei entwickeln könne; oder er sagt: freilich sind die Menschen von Natur nicht gleich, um so mehr aber muß man suchen diese Ungleichheit dadurch auszugleichen, daß man allen wenigstens gleiche Rechte gibt; oder endlich er sagt: gleiches Recht ist nicht vorhanden, wo die Mittel fehlen es zu verwirklichen, es muß daher eine solche Vertheilung der Mittel durchgeführt werden, daß die natürliche Ungleichheit zur Gleichheit wird. Die erste Richtung, die gemäßigt liberale, legt allen Nachdruck auf die Freiheit des Individuums; die zweite, die demokratische, auf die Gleichheit Aller an allen Rechten; die dritte, die socialistische, erklärt, bloße Zuerkennung von gleichen Rechten helfe nichts, sei nur ein Schein, erst in der Ausübung des Rechts liege seine Wirklichkeit, es müßten also auch Alle in den Stand gesetzt werden, die ihnen gegebenen Rechte in gleicher Weise anwenden zu können. Jede dieser drei Richtungen und Parteien hat ihre berechtigten Momente, die aber dadurch nicht zur Geltung kommen können, daß alle drei von einem falschen Grundprinzip ausgehen; nach diesem Ausgangspunkte aber betrachtet, ist die zweite consequenter als die erste und die dritte als die zweite; der gemäßigte Liberalismus daher führt, wenn er verwirklicht ist, zur Demokratie, die letztere zum Socialismus, und da die Durchführung desselben überhaupt nicht möglich, so bringt schon der Versuch dazu die Menschen dahin, daß sie unter einer starken Staatsgewalt



Schutz suchen: das ist der Kreislauf der Revolution, wie wir ihn in Frankreich sehen und der stets mit dem Cäsarismus, der Gleichheit unter dem Säbel, endet.

Die liberale Partei im engeren Sinne verfolgt eine gemäßigtere Ausführung jener Grundidee, sie verwirft alles Extreme und Gewaltthame, aber es haftet ihr auch die größte Halbheit und Inconsequenz an. Sie denkt sich die Menschen einzeln nebeneinanderstehend und geistig wie wirthschaftlich mit einem durchschnittlichen Mittelmaß von Gaben und Kräften ausgerüstet; das eigne Interesse werde Jeden treiben, das zu suchen und zu thun, was ihm nützlich sei, Jeder müsse seines eignen Glückes Schmied sein und seine Gaben brauchen, wie es ihm am zweckmäßigsten erscheine, auf diese Weise werde er sich am besten alles verschaffen, was er überhaupt erreichen könne; der freie und friedliche Wettbewerb werde Jeden an die rechte Stelle bringen und aus ihm von selbst die Harmonie der Gesamtwirthschaft hervorgehen<sup>1)</sup>. Der Staat habe nur die Fesseln zu beseitigen, welche die Energie der Einzelnen hemmen und die Freiheit ihrer Entwicklung zu sichern. Der liberale Rechtsstaat soll also wesentlich nur eine große Versicherungsanstalt zur Aufrechthaltung der Ordnung sein, er beschränkt sich, wie einer seiner bedeutendsten Vertreter, Laboulaye, sagt, auf das Tragen des Kriegsschwertes nach Außen, des Gesetzeschwertes nach Innen, eine Auffassung, welche Lassalle seinerseits grob aber treffend dahin charakterisirte, daß sie dem Staat nur den Nachwächterdienst der Sicherheit lasse.

Charakteristisch für das System des liberalen Individualismus ist nun die Inconsequenz, daß er vor einer Ungleichheit stehen bleibt: der des Vermögens. Die Ausübung politischer Rechte Allen ohne Unterschied zu gewähren erscheint ihm doch bedenklich; er fordert deshalb eine Garantie vernünftigen Gebrauchs derselben und findet sie in einem gewissen Maß des Besizes, welches durch den Censur fixirt wird, nach der französischen Ver-

<sup>1)</sup> Marx sagt deshalb nicht übel, es herrsche die *fictio juris*, daß jeder Mensch als Waarenkäufer eine encyclopädische Waarenkenntniß besitze (S. 10).



fassung von 1791 eine directe Steuer im Werth von wenigstens 3 Arbeitstagen (Sect. II. Art. 2.), außerdem werden alle Lohnarbeiter (Serviteurs à gages) ausgeschlossen. Diese Inconsequenz erklärt sich praktisch daraus, daß der Liberalismus wesentlich vertreten ist durch den Mittelstand, bei dem sich eben am ersten jenes Durchschnittsmaß geistiger und wirthschaftlicher Begabung findet, der aber von der Herrschaft der Massen die Ordnung bedroht fühlt; ebenso hat er auch, wenn er das Heft in Händen hatte, es sehr vielfach nicht als illiberal empfunden, sich einträgliche Privilegien auf Kosten anderer Klassen geben zu lassen: Conscription, Schutzzölle, Banknoten- und Eisenbahnprivilegien, Verbot der Arbeitercoalitionen u. s. w.

Eben diese Inconsequenz und die Auffassung des Menschen als abstracten Einzelwesens macht die liberale Partei der Demokratie gegenüber schwach. Dieselbe bleibt zwar auch vor der thatsächlichen Ungleichheit des Besitzes stehen, aber verwirft jedes wirthschaftliche und politische Privilegium desselben; sie erklärt auch die Freiheit zu wollen, aber will vor allem die Gleichheit durchsetzen; sind alle von Hause aus gleichberechtigt, wie kann dann nur der Wille der Begüterten im Staate gelten? ist der besitzlose Arbeiter weniger Mensch als der Millionär? Hat Letzterer nicht schon durch seinen Besitz genug Vortheile, darf man denselben noch durch politische Privilegien steigern? Nein, gleiches Recht für Alle, für Wahl der Beamten wie der Volksvertretung allgemeines gleiches Wahlrecht, bei dem Volke als Ganzem liegt allein die Entscheidung, es ist an kein Stück Papier, das man Verfassung nennt, gebunden, sein jedesmaliger Wille entscheidet, ist souverain. Dies demokratische Prinzip hat vor dem liberalen nicht bloß die Consequenz voraus, sondern auch die Macht, indem es sich auf die Massen stützt; es befriedigt auch den idealen Zug im Menschen, insofern es die Gesammtheit, deren Theil er ist, zur Geltung bringt, indem es sie über den individuellen Willen stellt. Wenn nun aber die Demokratie mit dem zahmen Liberalismus fertig geworden, wenn der Berg die Gironde besiegt hat, dann kommt der noch consequentere Socialismus über ihn und sagt: was hilft die Gleichberechtigung, wenn



nicht die Gleichbefähigung zur Ausübung der Rechte gegeben wird; das Volk fordert Brod und ihr gebt ihm den Stein formeller Rechte, vom Wählen wird man nicht satt, freie Concurrenz führt zur Herrschaft des wirthschaftlich Starken über den Schwachen, des Kapitalisten über den Arbeiter, wenn auch beide „Citoyen“ heißen, es muß also eine andre Vertheilung des Besitzes, der Arbeit und Bildung stattfinden, durch welche eine gleiche Ausübung der Rechte erst eine Wahrheit werden kann. Daß dieß unausführbar, habe ich zu zeigen gesucht, aber die Logik des Socialismus ist unwiderleglich, sobald man die beiden Ausgangspunkte des Liberalismus zugegeben hat, den politischen der Gleichberechtigung Aller, den wirthschaftlichen der durchschnittlichen Gleichbefähigung und der Arbeit als Quelle und Maß des Werthes. Diese letztere Behauptung habe ich widerlegt und wende mich nun gegen die Gleichheit. Aristoteles schon sagt: „Nur für Gleiche und unter gleichen Verhältnissen ist das Gleiche gleich.“ Nun sind alle Menschen allerdings insofern gleich, daß Alle sittlich=vernünftige Wesen und unsterblich sind, und daraus folgen unstreitig gewisse allgemeine Rechte für Alle, zuerst das der Persönlichkeit. Die Sklaverei, welche diese leugnet und den Menschen als Sache, als beseeltes Werkzeug behandelt, ist das höchste Unrecht; nächst dieser Anerkennung als Rechtssubject kann jeder Mensch fordern, daß seine Freiheit nicht widerrechtlich angetastet werde, daß er seine geistigen und körperlichen Gaben frei brauchen dürfe, so lange er nicht Andern schadet; daß er seinen Aufenthalt frei wählen dürfe, daß er seine Meinungen frei bilden und in den Schranken des Gesetzes auch äußern dürfe, und endlich, daß er für diese Rechte stets wirksamen Schutz finde. Nimmt man dazu noch, daß im Falle unverschuldeten Unvermögens, sich zu nähren, eine Unterstützung der Gemeinschaft gewährt und Allen die Möglichkeit gegeben werde, sich einen gewissen Grad von Kenntnissen anzueignen, so ist alles gewährt, was die Gesammtheit jedem ihrer Mitglieder als sittlich=vernünftigen Wesen schuldig ist. In allem Uebrigen aber sind die Menschen durchaus ungleich. Die tiefste und unabänderlichste Ungleichheit ist die der Geschlechter. Mann und Frau, von Natur verschieden



gebildet, müssen demgemäß eine verschiedene Stellung einnehmen; dazu kommt die Ungleichheit der Lebensalter, der Kräfte und Gaben des Leibes und Geistes, aus denen dann wieder die Ungleichheit des Besitzes, der Geburt und Lebensstellung überhaupt entsteht.

Will man mit Gott über diese thatsächlichen Unterschiede hadern, so thue man es, man wird damit keine Frau zu einem Mann, keinen Neger zu einem Weißen, keinen Dummen oder Schwachen zu einem Klugen oder Starken machen, und will man die Ungleichheiten ignoriren, indem man sie als gleich behandelt, so kommt man zu Ungereimtheiten. Wenn der Liberalismus nichts destoweniger eine gewaltige Wirkung geübt hat, so lag das in den geschichtlichen Zuständen, gegen die er sich mit Recht auflehnte; die Welt schmachtete im vorigen Jahrhundert mit wenigen Ausnahmen unter einer ungeheuern Knechtschaft des Absolutismus und privilegirter Klassen. Da mußte die Lehre von der Gleichberechtigung aller Menschen als ein Evangelium für die unterdrückten Völker erscheinen und vor ihrer Predigt fiel ein Bollwerk des Privilegiums und Polizeistaats nach dem andern. Auf diesen Trümmern aber selbst eine dauernde Ordnung zu begründen, hat der Liberalismus nicht vermocht, weil seine Grundsätze im Widerspruch mit den Thatsachen stehen. Der Staat ist keine bloße Rechtsversicherungsgesellschaft, sondern eine sittliche Ordnung, deren Anforderungen sich nicht nur jeder Einzelne fügen muß, sondern der er seine volle Hingabe widmen soll: der liberale Rechtsstaat macht die Vaterlandsliebe unmöglich, denn eine fremde Regierung kann die Ordnung in dem *laissez aller* ebenso gut schützen wie die angestammte. Ein Volk ist nicht eine Summe von durchschnittlich gleichen, nebeneinanderstehenden Einzelnen, sondern ein Organismus von kleineren und größeren Gruppen, in welche die Einzelnen hineingeboren werden, die so wenig untereinander gleich sind als es zwei gleiche Blätter an einem Baume gibt, Gruppen, die ebenso unter dem Einfluß ihrer Vergangenheit stehen, als die That der Gegenwart wiederum ihre Zukunft bedingt. Diese ungleichen Menschen können also außer den erwähnten Grundrechten nicht gleiche Rechte



haben, sondern solche, namentlich die politischen, nur nach ihrer Fähigkeit, sie weise zu gebrauchen, erhalten. Auf wirthschaftlichem Gebiet soll gewiß freie Bahn gegeben werden, aber die Ergebnisse unsrer neuesten wirthschaftlichen Gesetzgebung zeigen, daß das bloße Niederreißen der Schranken es noch nicht thut. Man fühlte mit Recht, daß die bisherige Hemmung der freien Thätigkeit die Adern des Verkehrslebens unterband, aber man übersah, daß, da die sociale Individualität eine Combination von Person und Vermögen ist, die bloße Entfesselung der individuellen Kräfte wohl die Production steigert, aber den, der auf seine persönliche Kraft angewiesen ist, dem wirthschaftlich Starken gegenüber, an sich so wenig stärkt als der Wettlauf eines Krüppels und eines Gesunden dadurch gleich wird, daß beide in derselben Ebene laufen.

### III.

Ist nun der Liberalismus nicht im Stande, den Socialismus zu überwinden, weil dieser nur die letzte Consequenz aus dem Ausgangspunkt des erstern zieht, so fragt sich drittens, was läßt sich einer Lehre gegenüber thun, die im Prinzip falsch, in der Ausführung verderblich und unmöglich ist, und zwar, was kann der Staat, was müssen die Einzelnen thun? Es gibt nun allerdings Leute, die sich die Beantwortung dieser Frage leicht machen, sie sagen: die Prinzipien der Socialdemokratie sind widersinnig, das müssen ihre Anhänger lernen, indem sie durch Schaden klug werden; wenn sie das Gesetz verletzen, so müssen sie bestraft werden und wenn sie ihre Hirnspinnste durch Revolution durchführen wollen, muß dieselbe durch die bewaffnete Macht rücksichtslos niedergeschlagen werden. Dieß Raisonnement des Liberalismus übersieht, daß eben durch seine politischen und wirthschaftlichen Prinzipien der Socialismus entstanden ist und gibt keine Antwort für die Eventualität, daß er einmal die Majorität in Reichstag und Armee gewönne.

Gewiß soll jeder thatsächliche gesetzwidrige Angriff auf die bestehende Ordnung mit voller Energie zurückgewiesen werden; es ist die falsche Humanität des Liberalismus, dafür Strafen



zu wählen, die ihm am wenigsten mißfallen, statt derer, welche die Feinde der Gesellschaft am meisten fürchten. Je zartfühlender die Justiz in dieser Hinsicht wird, desto frecher tritt das Verbrechen auf. Aber es würde ein ungeheurer Irrthum sein, wenn man glaubte, eine Partei, welche auf dem Grunde bestimmter Prinzipien steht, wie verkehrt und verwerflich dieselben auch sein mögen, durch drakonische Strafen unterdrücken zu können; das Vorschlagen auf die Folgen des Uebels ist wirkungslos, so lange nicht die Ursachen desselben beseitigt sind; nur wenn man an jene Schäden die bessernde Hand legt, aus welchen die Feindschaft der Socialdemokratie entspringt, kann wahrhaft geholfen werden, und hiezu ist die Mithülfe des Staates unentbehrlich. Der Staat ist nicht nur kein nothwendiges Uebel, dessen Thätigkeit möglichst einzuschränken ist, sondern derselbe entwickelt sich mit der steigenden Civilisation immer reicher, er kann viele Aufgaben an die Einzelnen und Genossenschaften abgeben, aber ihm erwachsen immer neue und größere. Was die sociale Frage betrifft, so hat er zuerst Allen jene Menschenrechte zu sichern und jeden, auch den Geringsten darin gleich zu schützen, alles also, was den Arbeiter, der wesentlich nur auf seine persönlichen Kräfte angewiesen ist, in der Verwerthung derselben hindert, ist zu beseitigen; dagegen wird die Obrigkeit auch streng darüber zu wachen haben, daß diese Rechte nicht gemißbraucht werden. Der Arbeiter muß die Befugniß haben und hat sie jetzt ziemlich überall, den Preis seiner Arbeit zu bestimmen und sich zu dem Zwecke mit seines Gleichen zu verbinden: schaden die Streiks ihm selbst, so muß er eben durch Schaden klug werden; schaden sie den Arbeitgebern, so müssen sie sich auf gesetzliche Weise dagegen möglichst zu sichern suchen. Aber unter keinen Umständen darf die Coalitionsfreiheit zum Zwang werden, in die Coalition einzutreten, jeder Unterdrückung und Einschüchterung der Arbeiter gegen ihres Gleichen wie gegen die Unternehmer muß rücksichtslos entgegen getreten werden; Gewerksvereine, welche ihren Mitgliedern verbieten, mehr als Durchschnittsarbeit zu thun, also den Fleißigen hindern, mehr zu verdienen oder auch nur verbieten, mit Nichtmitgliedern zu arbeiten, resp. die Arbeitgeber nöthigen, solche zu



entlassen, sollten nicht geduldet werden. Auch sollte keinem Streikenden Armenunterstützung gegeben werden; er mag seinen Preis stellen, aber wenn er die gebotene Arbeit weigert, so hat er keinen Anspruch, sich durch Andere unterhalten zu lassen. Der Staat muß ferner jede gesetzliche Bevorzugung einer Klasse auf Kosten Anderer beseitigen; dazu gehören in erster Linie die Schutzzölle, welche unter der trügerischen Firma des Schutzes nationaler Arbeit allen Consumenten zu Gunsten weniger Producenten die Lebensbedürfnisse vertheuern<sup>1)</sup>; ferner das Recht gewisser Geldinstitute, durch Ausgabe ungedeckter Noten sich zinslos Credit zu schaffen, für den alle Andern Zinsen zahlen müssen; überhaupt sind Concessionen und Garantien auf das Nöthigste zu beschränken und eventuell sollte dem Staat ein Aequivalent gesichert werden. Aber die Fürsorge des Staates soll sich nicht darauf beschränken Privilegien anderer Klassen zu beseitigen und den unteren ihre Menschenrechte zu verbürgen, er soll positiv eingreifen, um das Wohl seiner Angehörigen zu fördern, soweit dieß geschehen kann, ohne eine Klasse auf Kosten der anderen zu begünstigen, und nirgends ist diese Pflicht dringlicher als bei der Klasse, welche durch ihre Kapitallosigkeit anderen gegenüber die schwächere ist; der Staat ist der natürliche Vormund der wirthschaftlich noch Unmündigen.

Vor allem hat er die Stellung der Frau, als der Hüterin des Hauses und des heranwachsenden Geschlechtes, zu schützen; die Frauen- und Kinderarbeit ist nicht nur gesetzlich zu regeln, sondern den Bestimmungen auch durch nöthige Aufsicht praktischer Nachdruck zu geben; bei gefährlichen oder schädlichen Arbeiten ist sie ganz zu verbieten, bei Kindern bis zum 14. Jahre auf den halben Tag zu beschränken, damit Zeit für die Schule bleibe. Auch bei männlichen erwachsenen Personen ist der Staat gewiß berechtigt einzugreifen, wo es sich um Wahrung der Gesundheit des Arbeiters handelt, die Ventilation der Fabrik-

<sup>1)</sup> Es ist berechnet, daß in Folge der Eisenzölle die Provinz Preußen allein 1 Million Thlr. jährlich an die Eisenproducenten zahlte, und es ist deshalb erfreulich, daß Fürst Bismarck kürzlich offen die Abschaffung der Schutzzölle als das zu erstrebende Ziel hingestellt hat.



räume zu fordern, die Arbeit in gewissen Industrien, die erfahrungsmäßig besonders angreifend ist, auf eine bestimmte Zeit zu beschränken, wogegen die Forderung des sogenannten Normalarbeitstags, d. h. daß der Staat die Arbeit der Erwachsenen allgemein auf eine bestimmte Zeit per Tag oder Woche beschränken solle, unausführbar ist (Anhang IV). Wohl aber wäre die Sonntagsarbeit zu verbieten, und zwar ganz abgesehen von allen religiösen Rücksichten; der Staat soll keine Sabbathordnung erlassen, er soll die Sonntagsarbeit einfach deshalb untersagen, weil die Erfahrung zeigt, daß der Mensch einen Ruhetag bedarf, um frisch an Kräften des Leibes und der Seele zu bleiben. Der Einwand, daß die Sonntagsarbeit nicht zu entbehren sei, kann nur in ganz einzelnen Fällen, wie z. B. bei der Hochofenindustrie, Eisenbahnen und Telegraphen zugegeben werden; dort mag sie denn von der Behörde gegen besondere Vergütung und mit Ablösung der Arbeiter zugegeben werden. Uebrigens sehen wir, daß gerade die arbeitstüchtigsten Völker, die Engländer, Schotten, Amerikaner und Juden, den Feiertag am strengsten beobachten.

Wir halten den Staat deshalb berechtigt und verpflichtet, dem Arbeiter diese Ruhe zu sichern; es ist dann nicht seine, sondern Sache der Kirche, daß die Ruhe zur religiösen Erbauung gebraucht werde, er hat aber übrigens an diesem Ruhetage jede Gelegenheit zur unschuldigen Erholung und Belehrung für das Volk zu befördern.

Von unendlicher Wichtigkeit ist die geistige Bildung und Hebung des Arbeiterstandes. Bildung ist der einzige Schatz, der sich in dem Maße vermehrt, als man ihn nach allen Seiten hin austreut, sie kann aber nur auf dem Grunde eines tüchtigen Schulunterrichts gedeihen und der wird für die große Mehrzahl durch die Volksschule gegeben. Es ist daher mit der allgemeinen Schulpflicht voller Ernst zu machen und jedem Unbemittelten unentgeltlicher Unterricht zu gewähren. Aber es würde ein großer Irrthum sein, wenn man die Tüchtigkeit der Volksschule durch hochgespannte Anforderungen an dieselbe erzielen wollte, denen, wie die Umstände liegen, die Leistungen



doch nicht entsprechen können, dadurch wird nur Verwirrung, Scheinwesen und Halbbildung gefördert<sup>1)</sup>, und dasselbe gilt von den meisten der sogen. Bildungsvereine, welche den unteren Klassen in populärer Weise alle möglichen Fragen der Gegenwart in Schrift und Wort vorführen, für welche den meisten Lesern wie Hörern die Voraussetzungen durchaus fehlen, während sie das mächtigste Bildungsmittel, die Religion, prinzipiell ausschließen; das bloße Wissen hat keine Macht über den Menschen, so lange die Ausbildung des Willens und Herzens vernachlässigt wird, Unterricht ohne Religion macht nur schlaue Teufel, sagte der Herzog von Wellington. An eine weise beschränkte und eben dadurch tüchtige Volksschule schließt sich dann die weitere Ausbildung durch Gewerbeschule und Klassen, Fortbildungsschule u. s. w.

Ein weiterer wichtiger Zweig der Staatsfürsorge betrifft die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, deren schlechte Beschaffenheit eine Quelle der schlimmsten physischen und sittlichen Uebel ist. Der Staat kann natürlich nicht selbst Arbeiterwohnungen bauen, aber die Errichtung derselben durch gemeinnützige Baugesellschaften fördern und andererseits die Vermiethung aller positiv gesundheitswidrigen Lokalitäten verbieten. Damit zusammen hängen die Forderungen zweckmäßiger Kanalisierung, allgemein zugänglicher Wasch- und Badeanstalten, öffentlicher Parks. Alle Einrichtungen ferner, welche wie Sparkassen, Rohstoff- und Consum-Vereine, Gewerk-Vereine, die erlaubte Zwecke verfolgen, Schiedsgerichte, Einigungs-Aemter u. s. w., dazu dienen, dem Arbeiter das Vorwärtskommen zu erleichtern, sind zu befördern<sup>2)</sup>; bei der

<sup>1)</sup> Daß in dieser Beziehung das preußische allgemeine Schulreglement vom 15. Oct. 1872, welches an die Stelle des Raumer-Stiehl'schen Regulativs vom 3. Oct. 1854 getreten ist, schwere Mißgriffe gemacht, die nur aus Anerkennung der wirklichen Zustände unserer Volksschulen hervorgegangen sind, anerkennt auch ein prinzipieller Anhänger des Ministers Falk, der Provinzialschulrath a. D. Landfermann. Im Neuen Reich 1875, II. S. 583.

<sup>2)</sup> Alle diese Fragen können ebenso wie die des Contractbruchs, der Lehrlingsfrage, der Hülfskassen u. s. w. hier natürlich nicht eingehender erörtert werden.



Besteuerung ist darauf Bedacht zu nehmen, daß die nothwendigsten Lebensbedürfnisse und die kleinen Einkommen möglichst unbelastet bleiben. Daß in letzter Instanz auch die Theilnahme am politischen Leben einen erziehenden Einfluß auf die Arbeiter ausüben kann, will ich nicht in Abrede stellen, nur wird derselbe sehr übertrieben<sup>1)</sup> und gewiß nicht dadurch gefördert, daß man Jedem von vorn herein das Wahlrecht gewährt, ohne zu prüfen, ob er befähigt ist, es zu üben. Wähler zu sein, ist an sich jemand nicht mehr berechtigt, als Bürgermeister oder Minister zu werden. Nicht die Ausdehnung, sondern die Ausdehnbarkeit ist der Prüfstein eines guten Wahlrechts, es soll nicht Jedem mühelos in den Schooß fallen, aber jeder strebsame Bürger soll seiner theilhaftig werden können.

Damit wäre der Wirkungskreis des Staates so ziemlich umschrieben und so schwer er zu erfüllen ist, so ist alles, was er thun kann, doch wenig im Vergleich zu der Aufgabe der Arbeitgeber. Es wird zunächst ihr eigenes Interesse sein, zu den Arbeitern sich so zu stellen, daß diesen das Gefühl fern bleibt, von ihnen ausgebeutet zu werden; sie werden also auf solche Maßregeln zu denken haben, welche ihnen einen Stamm tüchtiger Arbeiter dauernd zu erhalten geeignet sind, so z. B. procentweise Lohnsteigerung nach der Dienstzeit, wie sie bei Dienstboten stattfindet, Bildung eines wachsenden Reservefonds, aus dessen Ertrag den Arbeitern, die eine Reihe von Jahren gearbeitet, bei unfreiwilligem und unver-

---

<sup>1)</sup> Wer der Ansicht ist, ich ginge zu weit, den verweise ich auf eine Ansprache, durch welche am 1. April 1872 die Maschinenbau-Arbeiter Berlins von Seiten der erwählten Commission zu einer Generalversammlung eingeladen worden sind. „Durch alle politischen Bewegungen, heißt es darin, ist die materielle Lage der Arbeiter niemals verbessert worden. Alle Parteibestrebungen haben keine nennenswerthe Aufbesserung der Lage der Arbeiter ergeben. Deshalb halten wir uns frei von jeder Parteibestrebung, wir nehmen selbst unsere Sache in die Hand und werden mit Energie die Verbesserung unserer Zustände erstreben.“ Man bedenke, daß die Maschinenbauer (etwa 14,000 selbstthätige Arbeitnehmer) zu den geschicktesten und intelligentesten Arbeitern Berlins gehören — und gerade sie kommen auf den Gedanken, daß sich durch politischen Indifferentismus ihre Lage am sichersten verbessern lasse!



schuldetem Austritt aus dem Geschäft, eventuell den Erben, eine Summe, im Verhältniß von Dienstzeit und Gewinn auszusahlen wäre, namentlich aber die directe Betheiligung des Arbeiters am Gewinn. Sehen wir, wie das möglich ist.

Jede Industrie muß wenigstens die Zinsen des Anlagekapitals und den gezahlten Lohn decken. Thäte sie das nicht, so würde sich das Kapital von ihr abwenden. Aber außer dieser nothwendigen Deckung bringt jede schwunghaft betriebene Industrie noch einen Ueberschuß an Gewinn, und um diesen kämpfen Unternehmer und Arbeiter mit einander. Der Erstere gebietet über größere Geldmittel und Intelligenz, die Arbeiter dagegen haben als Einsatz meist nur die Geschicklichkeit ihrer Hände.

Verlangen sie nun, um diese möglichst hoch zu verwerthen, an dem Ueberschußgewinn, den sie mitmachen helfen, theilzunehmen, so ist das vollkommen in der Ordnung, nur müssen sie sich auch die Bedingungen des Kampfes vollständig klar machen. Sie müssen einsehen, daß sie bis zu einem gewissen Grade schon Theilnehmer am Geschäft sind. Jener Ueberschußgewinn nämlich wird nicht realisiert, bis die Waare fertig, verkauft und bezahlt ist, worüber meist ein Jahr vergeht.

Darauf kann der kapitallose Arbeiter aber nicht warten, er muß jeden Sonnabend Nachmittag seinen festen Wochenlohn einstreichen können, um sich und seine Familie zu erhalten, ehe der Unternehmer noch irgend welchen Gewinn gemacht, ja ehe es überhaupt feststeht, ob sich ein Gewinn ergeben wird und nicht vielmehr ein Verlust.

Der Kapitalist also, der dem Arbeiter Lohn zahlt, schießt demselben damit seinen Antheil am Fabrikationsgewinn vor. Er thut dies nach einer Wahrscheinlichkeitsberechnung des Gewinnes, gibt aber den Arbeitern natürlich weniger, als wenn sie wie er warteten, bis die Waare bezahlt ist.

Denn einmal verliert er die Zinsen des gezahlten Lohnes und andererseits läuft er Gefahr, daß die Operation nicht den gehofften Gewinn, ja vielleicht Verlust bringt; für beides muß er einen Abzug machen. Der Arbeiter ist also bereits Theilhaber am Geschäft, er bezieht seinen Antheil am Gewinn, nur



in anderer Form, indem er selbst verlangt, statt des vielleicht größern, aber unsichern, jedenfalls wechselnden und spät eingehenden Gewinnes des Kapitalisten ein geringeres, aber festes Einkommen zu haben.

Die Forderung einer Theilnahme am Unternehmergewinn kann also nur bedeuten, daß die Arbeiter verlangen, den höhern, aber fluctuirenden Endgewinn des Unternehmers zu theilen.

Aber es ist klar, daß sie dann nicht zugleich den Vortheil des festen Lohneinkommens fordern können, jedenfalls nicht in demselben Maße wie bisher, denn womit sollte der Unternehmer dann die Zinsen des vorgeschossenen Lohnes und die Verluste schlechter Conjunctionen decken? Der Arbeiter muß sich also, wenn sein Verlangen erfüllt werden soll, einerseits mit einem geringern Lohn, andererseits mit einem solchen Antheil am Nettogewinn begnügen, welcher dem Unternehmer erlaubt, die Verzinsung des Lohnes und die ungünstigen Geschäftschancen zu tragen<sup>1)</sup>.

Aber das ist auch ganz genügend, um in dem Verhältniß beider Theile einen wohlthätigen Umschwung hervorzubringen.

<sup>1)</sup> Z. B. ein Arbeiter hat bisher in guten Zeiten 6 Thlr. per Woche als festen Lohn empfangen, also 312 Thlr. jährlich. Er nimmt nun an, daß, wenn er an dem schließlichen Gewinn seinen entsprechenden Antheil hätte, derselbe etwa 450 Thlr. betragen müßte. Er muß aber andererseits schlechte Conjunctionen in Anschlag bringen, bei denen sein Gewinn sich nur auf 250 Thlr. belaufen hätte; will er diese Gefahr nicht laufen und seine sichere Wocheneinnahme festhalten, ohne doch der Aussicht auf einen Gewinn nach Abwicklung des Geschäftes zu entsagen, so muß er sich zuerst zu einer Verminderung des Lohnes verstehen, also z. B. in guten Zeiten mit 5 Thlr. zufrieden sein. Andererseits kann der Unternehmer auch bei einer solchen Lohnherabsetzung nicht jedem Arbeiter den gleichen Antheil am Schlußgewinn geben wie sich selbst, denn wenn er z. B. hundert Arbeiter beschäftigt und durch eine wöchentliche Reduction des Lohnes um 1 Thlr. 5200 Thlr. jährlich spart, so reicht das bei weitem nicht, um ihn für die Zinsen des bezahlten Lohnes und das Verlustrisico zu decken.

Das Geschäft soll ja auf der Basis geführt werden, daß der Arbeiter seinen etwas geringeren, aber festen Lohn jedenfalls erhält; verlieren kann er bei der Schlußabrechnung nichts, weil er nichts zu verlieren hat. Der Kapitalist also muß Gefahr und Verlust allein tragen, folglich kann der Antheil des Arbeiters am schließlichen Gewinn immer nur verhältnißmäßig gering sein.



Zunächst werden die Arbeiter durch eine solche Theilnahme die Einsicht gewinnen, wie wechselnd der Gewinn des Unternehmers ist und wie sehr derselbe im Ganzen überschätzt wird. Sie werden erkennen, daß keine Klasse so sehr revolutionäre Bewegungen zu fürchten hat, wie die, welche auf Tages- oder Wochenlohn angewiesen ist und deshalb wirthschaftlichen Stockungen nur geringen Widerstand bieten kann. Das Kapital ist furchtsam und versteckt sich, sobald ernstere Besorgnisse vor Störung des Friedens auftauchen; die Bestellungen hören auf und niemand leidet unter dem Stillstand der Industrie mehr als die Arbeiter.

Sodann werden sie sich ganz anders anstrengen, jede Beschädigung des Materials vermeiden und ökonomisch arbeiten, weil alles das den Gewinn vermehren muß, an dem sie ja Antheil haben. — Aus demselben Grunde würden die Streiks so gut wie ganz aufhören, weil sie ja den Gewinn vermindern müßten und weil, wenn die Lage des Geschäftes an sich eine Erhöhung der Löhne zuließe, der Vortheil hiervon den Arbeitern doch am Ende des Jahres in Gestalt einer höheren Dividende zu Gute käme. Die Arbeiter würden auf diese Weise die Aussicht haben, bei tüchtiger Anstrengung, wenn sie ihren Jahresgewinn als Ersparnisse in das Geschäft gäben, allmählig zu Kapitalisten zu werden. Das Prinzip selbst, die Arbeiter am Gewinn des Unternehmens zu betheiligen, ist an sich auch schon länger bekannt, nur seine Uebertragung auf Fabriken ist erst neuerdings in Schwung gekommen.

Es war immer in Uebung beim Wallfischfang, auch auf den Ruttern der deutschen Nordsee-Fischereigesellschaft fuhr die Mannschaft auf Parte, d. h. auf Antheile am Erlös des Fanges; in Cornwall werden die Bergwerke nach ähnlichem Grundsatz bearbeitet; die Paris-Orléans-Eisenbahn gibt seit mehr als 22 Jahren allen ihren Bediensteten einen Antheil am Reingewinn, sie hat in dieser Periode so schon über 25 Mill. Francs vertheilt und befindet sich doch wohl dabei, weil der Eifer ihres Personals an den Betriebsausgaben weit mehr erspart.

Auf dem Gebiete der Landwirthschaft hatte der ausgezeichnete Herr v. Thünen dies Prinzip eingeführt; er sicherte seinen



Arbeitern auf seinem Gute Tellow in Mecklenburg  $\frac{1}{2}$  Procent von dem Jahresertrage zu, sobald derselbe eine gewisse Summe übersteige. Das Resultat war, daß jeder Dorfbewohner jährlich einen durchschnittlichen Antheil von circa 25 Thlr., daneben die Zinsen des ihm gutgeschriebenen Kapitals erhält und ein stattliches Guthaben in der Sparkasse besitzt.

Als 1848 in Mecklenburg Alles darunter und darüber ging, rührten sich in Tellow die Tagelöhner nicht.

Aus England liegen aus neuerer Zeit eine Reihe von Beispielen vor, wo das System in verschiedenen Modifikationen mit dem besten Erfolg eingeführt ist. Anfangs verhielten sich die Arbeiter wohl mißtrauisch, wenn sie aber durch die Resultate die Sache begriffen hatten, gingen sie mit Eifer darauf ein, die Streiks und Streitigkeiten hörten auf, der Reinertrag stieg rasch.

Daß sich bei dem System auch große Schwierigkeiten zeigen können, unter ungünstigen Geschäftschancen und namentlich wenn der Unternehmer noch ein Anfänger ist, noch nicht hinreichendes Kapital hat oder etwa seine Arbeiter betrügt, ist nicht zu leugnen, aber das spricht noch nicht gegen das Prinzip selbst, zumal dasselbe sich praktisch so verschiedenartig gestalten läßt. Man kann den Arbeiter entweder so am Gewinn theilhaben, daß man den Lohn nach der Güte der Arbeit erhöht, oder den Schlußgewinn nach Maßgabe des Lohnes vertheilt, oder einen Theil des Reingewinns nach Köpfen vertheilt, oder indem der Unternehmer sein ganzes Geschäft zu einer Actiengesellschaft macht, bei der er sich eine große Zahl Actien sowie die freie Leitung vorbehält, während die Arbeiter nach und nach Actionäre werden, die verhältnißmäßig an der Dividende theilnehmen. Diese Form wird erst bei einer vorgeschrittenen Entwicklung möglich, da die Arbeiter, um Actien zu erwerben, selbst wenn diese sehr klein sind, schon ein gewisses Kapital besitzen müssen.

Aber wenn wohlverstandenes Interesse die Arbeitgeber dazu führen sollte die Arbeiter an sich zu fesseln, so reicht das doch nicht aus, im letzten Kern ist die sociale Frage nicht eine wirtschaftliche, sondern eine sittliche. Fehlt dies Bewußtsein, so wird der Fabrikant immerhin geltend machen können, daß er



am raschesten vermögend werde, indem er die Kraft seiner Arbeiter möglichst auspresse und die Conjunctionen des Marktes gut benutze, — Die sittliche Auffassung aber, welche im Arbeiter nicht eine bloße Kraft sieht — „hands“ wie der Engländer cynisch sagt, — die ihn vielmehr als Person behandelt, sie stammt bewußt oder unbewußt aus dem Christenthum.

Dasselbe will grundsätzlich in keiner Weise ein Gesetz für das äußere Leben aufstellen, es wendet sich nicht gegen den Reichthum an sich, sondern verlangt nur seinen rechten Gebrauch und warnt vor seinen Versuchungen. Die Gemeinschaft der Güter in der ersten Christengemeinde war nichts Gefordertes, sondern brachte nur zum Erstenmale die höchste Auffassung zum freiwilligen Ausdruck, daß die Eigenthümer sich als bloße Verwalter der von Gott geliehenen Güter ansehen sollten, habend, als hätten sie nicht. So entschieden hält sich das Christenthum fern vom social-politischen Gebiet, daß wir im N. Testament kein Wort gegen die Institution der damaligen Welt finden, welche seinem Geiste am meisten widersprach. Sicher stand es zu der Lehre, daß vor Gott kein Ansehen der Person gelte, im schärfsten Gegensatz, wenn Unzählige, die doch auch unsterbliche Seelen hatten, als Sachen in die Gewalt Anderer gegeben waren. Aber es fiel den Aposteln nicht ein, die Aufhebung der Sklaverei zu fordern, welche nur gewaltsam hätte durchgeführt werden können; sie ermahnten nur die Herren zur Billigkeit, die Sklaven zum Gehorsam. Der Grund war, daß das Christenthum sich auf die freie Gemeinschaft der Gesinnung begründet, es verlangt von seinen Jüngern mehr, als das schärfste Gesetz fordern kann, aber es heischt Gehorsam nur aus freier Liebe. Es will die natürlichen Ordnungen des menschlichen Gemeinlebens in keiner Weise aufheben, aber es will das Herz wandeln und weiß, daß wenn das geschehen, sein Geist von selbst alle Lebensgebiete erfüllen wird. Der wirklich bekehrte Herr konnte seinen Sklaven nicht mehr als beseeltes Werkzeug behandeln, er mußte in ihm einen miterlösten Bruder sehen, so mußte der innern Freiheit die äußere folgen und so hat das Christenthum, ohne die Sklaverei anzugreifen, ihr die Grundlage entzogen.



Derjelbe Geist muß heute die beſitzenden Klaffen gegen die nichtbeſitzenden erfüllen. Die große Mehrzahl der Arbeiter folgt den ſocialdemokratiſchen Führern, welche ihnen goldene Berge verſprechen, jedoch vorläufig auf ihre Koſten Diäten beziehen, mehr aus Unverſtand und Genußſucht als aus Bosheit. Daß ſie nicht unempfindlich für andere Einflüſſe ſind, wenn ſie fühlen, daß man ihnen erſtlich helfen will, zeigt die Erfahrung ſo mancher menſchenfreundlichen Arbeitgeber, namentlich aber die Thatſache, daß die Socialdemokratie nirgends Fuß faßt, wo der kirchliche Glaube noch eine Macht iſt. Ich verkenne keinen Augenblick, welche bedenklichen Mittel die Ultramontanen häufig brauchen, um ſich als die wahren Vertreter der unterdrückten Klaffen gegen die hartherzige Bourgeoiſie hinzustellen. Die Invectiven des Biſchofs Ketteler berühren ſich hier oft nahe mit denen Laſſalle's; aber das ſtößt die Thatſache nicht um, daß die Ultramontanen ſich erſtlich um das Wohl der katholiſchen Arbeiter kümmern, die ihnen dann gerne ihre Stimmen zur Verfügung ſtellen<sup>1)</sup>.

Auch die evangeliſchen Conſervativen haben zweifelhafte Mittel nicht verſchmäht, ſie wollten während des Verfaſſungsconflictes den liberalen Bürgerſtand durch die arbeitenden Klaffen balanciren und behaupteten, letztere hätten mit der Regierung einen gemeinſamen Gegner in der Capitalmacht der Bourgeoiſie<sup>2)</sup>. Das hindert aber nicht, daß die Arbeiter es willig anerkennen, wenn der evangeliſche Glaube ſich praktiſch in der

1) Das katholiſch=ſociale Programm iſt klar entwickelt in der Wahlrede des Domcapitulars Mousang am 27. Februar 1871. Laſſalle, der Kettelers Unterſtützung nicht verſchmähte, conſtatirte, daß der Biſchof ſich in der Schrift „Die Arbeiterfrage und das Chriſtenthum“ für ſeine Anſichten ausgeſprochen.

2) Dieſe Verbindung der ſogen. Social=Conſervativen mit dem Socialismus läßt ſich meiner Anſicht nach keineswegs durch den Hinweis rechtfertigen, daß auch die großen preußiſchen Fürſten ſich in ihrem Kampf für die Staatseinheit gegen die Privilegirten auf die nichtbeſitzenden Klaffen geſtützt haben, denn letztere wollten nicht die geſellſchaftliche Ordnung umſtürzen, ſondern in dieſelbe eintreten, und fanden hierfür Hülfe in dem Gerechtigkeitsſinne und dem gleichen Intereſſe der Hohenzollern, welche auch heute berufen ſind, die ſociale Reform in die Hand zu nehmen. Den Liberalismus aber durch die Socialdemokratie bekämpfen, heißt den Teufel durch Beelzebub austreiben.



Sorge für sie beweist, daher der große Erfolg der „Herbergen zur Heimath“, welche leibliche und geistige Pflege bieten und eben deshalb mit so großer Erbitterung als Verdummungsaustalten von der Socialdemokratie angegriffen werden.<sup>1)</sup>

Mit besonnener Nüchternheit, aber warmem Herzen an der Heilung unsrer socialen Schäden in dem Sinne mitzuarbeiten, daß wir die berechtigten Beschwerden der untern Klassen selbst in die Hand nehmen, daß wir dem Aufruf zur socialen Revolution die That der socialen Reform entgegensetzen, das ist der wahre Culturkampf unserer Zeit gegen die Uncultur des Mammonsdienstes und der Socialdemokratie. Es läßt sich schwer dem Menschen Entsagung predigen, der vor sich nur die Tretmühle täglicher erschöpfender Arbeit sieht; um so leichter wird er den Schwarmgeistern und Quacksalbern Gehör geben, die ihm Heilung durch eine unfehlbare Radikalkur verheißen. Damit verliert er denn die persönliche Selbständigkeit, die Energie, selbst sein Loos zu verbessern, und wendet seine Kraft auf die Zerstörung des Bestehenden; an die Stelle des nationalen Gefühls tritt das Heerdengefühl der vaterlandslosen Arbeitermasse, welche nur durch erbitterten Haß gegen alles was über ihr steht zusammengehalten wird.

Aber der Mann wird selten ein Revolutionär sein, der eine freundliche Wohnung und einen kleinen Besitz hat, der sieht, daß der Staat ihm nicht bloß politische Rechte bietet, mit denen er nichts anfangen kann, sondern sich um sein leibliches und geistiges Wohl kümmert, und dabei willige Hülfe an der privaten Thätigkeit der höhern Klassen findet. Dann wird auch das Wort des größten Volksfreundes aller Zeiten, der alle Mühseligen und Beladenen zu sich ruft, wieder ein offnes Ohr bei den ihm jetzt entfremdeten Massen finden und erst dann wird unser Volk die Freiheit finden, die es zu seiner Ehre so eifrig, aber zu seinem Schaden so vielfach auf falschem Wege

<sup>1)</sup> In der Herberge zur Heimath in Straßburg nahmen im Jahre 1874 von mehr als 16,000 Personen, die dort übernachteten, nur 3 nicht an der vollständig freien Abendandacht Theil, und von jener Gesamtsumme waren mehr als 36 % katholischer, viele jüdischer Confession.



sucht. Nur da kann politische Freiheit gedeihen, wo sie vom Geiste sittlich-religiöser Zucht getragen wird; in dem positiven Christenthum bekämpft der Liberalismus ihre Lebensbedingung, denn nur der ist wahrhaft frei, den Christus frei macht.<sup>1)</sup>

*Nachschrift.* Der Druck dieser Schrift war bereits vor der Reichstags-  
sitzung vom 27. Januar d. J. geschlossen, welche daher nicht mehr berück-  
sichtigt werden konnte.

## A n h a n g.

### I.

Der „Volksstaat“ glaubt in einer seiner neuesten Nummern mit gutem Gewissen (!) seinen Gesinnungsgenossen ein Büchlein anempfehlen zu können, das ihnen „viel Vergnügen“ bereiten werde. Es ist das eine in Zürich in der dortigen „Volksbuch-  
handlung“ herausgekommene Erzählung in Versen: „Daniel  
in der Löwengrube.“

In welchem Tone die heilige Schrift hier behandelt wird, mag folgende Probe zeigen, welche das Blatt mit den Worten einführt:

„Der Verfasser hat seinen Stoff der Bibel entnommen, die be-  
kanntlich an erbaulichen Geschichten reich ist; der erste Gesang zählt einen  
Theil derselben auf:

„Gleich auf dem allerersten Blatt  
Da findet eine Verführung statt;  
Das erste Weib in Eden drin  
War auch die erste Verführerin;  
Sie selber bezahlte zwar die Speßen;  
Ein bloßer Esel ist Adam gewesen,  
Und daß der Anfang ein rechter sei,  
War selbstverständlich der Teufel dabei. . . .  
Auf dem dritten Blatt ist das Menschengeschlecht  
So grundverdorben und bodenschlecht,  
Daß eine Sündfluth vom Himmel träuft  
Und elend Mensch und Vieh ersäuft,  
Der aber, weil er brav und gut,  
Gerettet ward aus der großen Flut,

<sup>1)</sup> Joh. 8, 36.



Ist drauf von Faß zu Faß geloffen, —  
 Man fand ihn auf der Straße besoffen.  
 Auf dem vierten Blatte kann man lesen,  
 Was Abraham für ein Held gewesen,  
 Ein Liebling Gottes, ein braver Mann,  
 Der sich als Beispiel empfehlen kann.  
 Von Weibern hielt er gewöhnlich zwei,  
 Und trieb als Geschäft noch nebenbei,  
 Die Sarah, die schön war und viel begehrt,  
 Zu verkuppeln um Geld und Geldeswerth;  
 Dem einzigen Sohn, den sie ihm gab,  
 Dem schnitt er beinahe die Gurgel ab.  
 Drum hat ihn der Herr mit Segen bedacht  
 Und zum Stamme eines großen Volkes gemacht."

Das wird in Leipzig ungestraft gedruckt, während der §. 166 des deutschen Strafgesetzbuchs bestimmt: „Wer dadurch, daß er öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen Gott lästert, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder ihre Einrichtungen und Gebräuche beschimpft, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.“ Wo bleibt hier der Staatsanwalt, da doch kein Antrag gefordert wird?

Welche politische Tendenzen diese Erzählung für's Volk verfolgt, mögen folgende Verse zeigen, welche das Blatt als „fließende und gefällige“ bezeichnet.

„Die Lasten werden immer vermehrt,  
 Die Beute des Krieges ist aufgezehrt;  
 Die Kassen sind leer und leer die Speicher,  
 Der Arme wird ärmer, der Reiche reicher.  
 In wenig Händen häuft sich das Gold,  
 Das Elend ist der Massen Sold.“

## II.

Proudhon's Stellung ist sehr eigenthümlich; in seiner Schrift von 1848 „Solution du problème social“, die man als eine Zusammenfassung seiner Ansichten ansehen kann, behauptet er einerseits die schrankenloseste Volkssouveränität und verneint andererseits, daß dieselbe durch die Demokratie verwirklicht werde. In ersterer Beziehung sagt er: „Ich glaube an das Dasein des Volkes wie an das Gottes, ich beuge mich seinem heiligen Willen,



ich unterwerfe mich jedem Befehle, der von ihm kommt, das Wort des Volkes ist mein Gesetz, meine Kraft, meine Hoffnung“, das Problem der Volkssouveränität sei so fundamental, daß Regierungen und Nationen nur darum beständen, um diese Frage zu lösen. Da aber nach Paulus der Gehorsam, um verdienstlich zu sein, vernünftig sein muß, so frage es sich, wie der wahre Wille des Volkes zu erkennen sei? P. führt nun aus, daß dies durch die Demokratie nicht möglich sei, weil es eine wahre Vertretung des Volkes überhaupt nicht geben könne, durch die Wahl werde die Demokratie Autorität, also antidemokratisch, und das allgemeine Stimmrecht sei nur das sicherste Mittel, das Volk lügen zu lassen. Wie nun der Wille des einen und untheilbaren Volkes zu finden, darüber gibt P. uns keinen Aufschluß, obwohl er sich beständig auf denselben beruft und in der Hartnäckigkeit der Menge, an ihre Intelligenz zu glauben, eine Manifestation der Selbstbehauptung des Volks sieht, wie Jehovah sagt: „Ich bin!“ Die Demokratie, bemerkt er, sei auch ohnmächtig, die sociale Frage zu lösen, dies könne nicht durch Nationalwerkstätten, sondern nur durch eine synthetische Organisation geschehen. Vier Vorurtheile seien dabei zu beseitigen: 1) einzelne Reformen nach einander vorzunehmen, während wirthschaftliche Fragen, die sich wesentlich untereinander widersprechen, nur alle auf einmal vorgenommen und durch ein höheres Prinzip gelöst werden könnten; 2) daß man die Ursache des Pauperismus der schlechten Organisation der Arbeit zuschreibe und diese verbessern wolle, während die Arbeit gleichbedeutend mit der individuellen Freiheit sei, und die Regierungen nur dazu da seien, die freie Arbeit zu beschützen, nicht sie zu reglementiren und zu beschränken; 3) daß man die individuelle Initiative unterdrücken und alles durch Befehl von Oben durchsetzen wolle; es sei die nationalfranzösische Krankheit, alles vom Staat zu wollen, „nous ne comprenons qu'une chose, c'est que l'état soit maître et nous salariés“, während der Staat nur über die Gerechtigkeit der wirthschaftlichen Beziehungen (des rapports économiques) zu entscheiden habe; 4) daß man unter dem Vorwand der Harmonie und Brüderlichkeit den Widerstand der Interessen und Ideen, die Con-



currenz der Arbeiter zu unterdrücken suche. Union könne nur die Vereinigung von zwei sich entgegenstehenden Dingen bedeuten; das erste Gesetz sei der allgemeine Antagonismus, der durch die gegenseitige Durchdringung der Gegensätze gelöst werde, woraus die allgemeine Gerechtigkeit hervorgehe.

Es könne demnach nicht von einer Organisation der Arbeit, sondern nur von der des Credits die Rede sein. Als Uebergangsmaßregel schlägt P. Herabsetzung aller Gehalte und Löhne und allgemeines Moratorium für alle Schulden vor, dadurch werde die Production um circa 25<sup>o</sup>/o billiger werden, andrerseits könne der Staat, der dies anordne, dafür auch eine Erhöhung aller Preise (sur tous les produits et services) fordern. (Also abgesehen von dem ökonomischen Unsinn dieser Vorschläge, soll doch wieder der Staat dekretiren. „Voici donc à peu près ce que le gouvernement aurait à décréter“, ohne daß uns gesagt ist, wie der Volkswille zu finden ist.) Nachdem auf diese Weise der öffentliche Credit begründet, die Arbeit belebt ist und die Preise in's Steigen gebracht sind, soll der allgemeine Credit und die Circulation organisirt und der Tyrannei des Geldes entzogen werden. Die dafür bestimmte Bank hat kein Kapital, es bedarf also, um ihr Mitglied zu werden, keiner Einzahlung, sondern nur der Annahme der Statuten, sie dauert ewig und hat ihren Sitz in Paris, sie ist der Typus der Regierung des Volks durch das Volk, ein lebendiger Protest gegen Wiederherstellung des hierarchischen und feudalen Prinzips, die thatsächliche Abschaffung aller bürgerlichen und politischen Ungleichheit, sowie des Privilegiums des Goldes. Letzteres, wie das Silber, sollen nur als Appoints unter 25 Frcs. gebraucht werden, im Uebrigen wird ein sociales Papier an ihre Stelle treten, das soll der auf die Lieferung von Waaren oder Diensten ausgegebene Wechsel sein, dessen Entwerthung, ungleich dem Papiergelde, unmöglich ist, weil es stets einen entsprechenden Gegenwerth repräsentirt. Obwohl Art. 9 gesagt wird, die Bank sei allgemein, so beschränkt Art. 20 doch ihre Vortheile auf ihre Theilhaber und obwohl P. jede Wahl als antidemokratisch früher perhorrescirt hat, so soll doch das Ueberwachungscomité aus 30 Delegirten bestehen, welche aus



allen Zweigen der Produktion und des öffentlichen Dienstes gewählt werden, die Generalversammlung soll aus allen Mitgliedern bestehen. Auf diese Weise soll ein unerschöpflicher Abjaß geschaffen, Steuern abgeschafft, die öffentliche Schuld und alle Hypotheken bezahlt, das Eigenthum umgewandelt, die Regierung überflüssig gemacht werden. (Annihilation du gouvernement etc.)

Proudhon, Oeuvres complètes vol. VI. 1868.

### III.

1) Dies ist geschehen in den sehr lesenswerthen Aufsätzen „Die Quintessenz des Socialismus von einem deutschen Volkswirth (Schäffle?)“, Juni- und Septemberheft der deutschen Blätter, 1874. Das Ergebniß ist etwa Folgendes: Zuerst müßte festgestellt werden, welche Güter und wie viel von jedem zu erzeugen sei, der Staat müßte nach einer ungefähren Berechnung des Bedarfs die Produktion regeln, so daß einmal das Gesamtkapital unvermindert bliebe, ein gewisser Theil als Reserve aufgespeichert werden könnte, die Hauptmasse aber als Lebensmittel unter Alle vertheilt würde, auf welche der Arbeit jedes Einzelnen entsprechende Anweisungen ausgegeben würden. Da alle Produktion collectiv sein soll, so muß auch die Arbeit von Staatswegen organisirt werden, alle Einwohner müßten einen einheitlich gegliederten Arbeitskörper bilden, welcher mit dem Gesamtkapital arbeitete, und die zu leistende Arbeit würde vom Staat auf die Einzelnen vertheilt. Ausgeschlossen wäre damit der Fortbestand des Privatgrundbesizes, dem Staat gehört alles Land, er weist es zur Bearbeitung an und nimmt die Produkte in Empfang, es hört die Wohnungsmiethe auf, der Staat besitzt alle Häuser und überweist jeder Familie ihre Wohnung, was freilich die Zerstörung oder den vollständigen Umbau der meisten bestehenden Gebäude fordern würde, die nicht auf diese Gestaltung der Gesellschaft angelegt sind. Der Handel hörte auf, da er auf dem Austausch der privatim erzeugten Güter beruht, während der socialistische Staat alle diese an sich nimmt und sie vertheilt; mit dem inländischen müßte auch der auswär-



tige Handel wegfallen, denn letzterer würde für die Güter, welche der Staat selbst erzeugt, wieder Concurrrenz bringen, und was Artikel, die dort nicht producirt werden können, wie Colonialwaaren, betrifft, so dürfte dieselben, falls das Volk nicht darauf verzichten sollte, doch nur der Staat einführen und vertheilen. Von Besteuerung wäre nicht mehr die Rede, denn alle öffentlichen Bedürfnisse würden aus dem Theile der Güter gedeckt werden, der für Bezahlung der Beamten, Verkehrsanstalten, Schulen u. s. w. zurückbehalten ist. Der Credit könnte nur so weit statthaben, als der Staat auf noch zu leistende Arbeit Vorschuß an Genußmitteln geben dürfte; ganz zwecklos aber würde das Geld, an seine Stelle treten Anweisungen auf Lebensbedürfnisse und der Werth dieser Anweisungen würde berechnet „nach der durchschnittlichen, gesellschaftlichen Arbeitszeit“.

#### IV.

Den von der Socialdemokratie geforderten und auch sonst mannigfach befürworteten sogen. Normalarbeitstag muß ich als prinzipielle Forderung durchaus verwerfen. Macaulay's berühmte Rede vom 22. Mai 1846 bezog sich nur auf die Kinderarbeit (a bill for limiting the labour of young persons in factories to ten hours a day). Er widerlegte das Argument der Gegner, daß ein Freund des Freihandels nicht in die Beziehungen des Kapitalisten und des Arbeiters eingreifen (interfere) dürfe. Die Wissenschaft der politischen Oekonomie lehre nur, daß man nicht aus commerziellen Gründen die Freiheit des Handels als solchen beschränken dürfe, die Behauptung, daß man es überhaupt nicht dürfe, würde Ad. Smith durchaus zurückweisen. So gut wie man die Freiheit der Arbeit aus militärischen Gründen beschränke, indem man einen Mann vom Pfluge wegnehme und in die Miliz einstelle, so gut wie man dem Droschkenkutscher verbiete, an einem regnichten Tage eine Guinee für die Fahrt zu fordern, so könne auch der Staat aus höheren moralischen Gründen in die Contracte der Individuen eingreifen. Daß dies für den Fall der Kinderarbeit zutreffe, bewies Macaulay siegreich und wird



heute wohl ebensowenig als hinsichtlich der Frauenarbeit bestritten werden, wie denn auch die spätere Herabsetzung von 10 auf 9 Stunden leicht durchgeführt wurde. Die Frage also ist, inwieweit diese Berechtigung auch für Erwachsene zutrifft, und das ist nicht allgemein und prinzipiell zu entscheiden.

Von dem Gesichtspunkt, daß der Erwerb nur Mittel zur Erfüllung höherer Zwecke ist, hat der Staat gewiß das Recht überall da einzugreifen, wo die bloße Erzeugung von Reichthum in Widerspruch mit der Möglichkeit der Erreichung jener höheren Zwecke tritt; denn die Erfahrung zeigt hinlänglich, daß man sich auf das wohlverstandene Interesse und die Menschenliebe der Arbeitgeber in dieser Beziehung nicht verlassen kann. Damit ist aber nichts bewiesen für den sogen. Normalarbeitstag, d. h. die Forderung, der Staat solle die Arbeit der Erwachsenen allgemein auf eine bestimmte Zeit per Tag oder Woche beschränken. Diese Frage scheint mir sich in drei verschiedene aufzulösen: 1) wie wirkt eine Verkürzung der Arbeitszeit auf Qualität und Quantität der Arbeit? 2) in welchem Verhältniß steht die Verkürzung der Arbeitszeit zum Lohne? 3) ist es Aufgabe des Staates, hier einzugreifen?

Was die erste Frage betrifft, so wird man unbedingt zugeben müssen, daß an sich die Ausdehnung der Arbeitszeit nicht gleichbedeutend mit der Vermehrung der Leistung ist, daß ein übermäßig angestrenzter Mensch auf die Dauer nicht so viel leistet, wie der mäßig angestrenzte, gern und frisch arbeitende. Zahlreiche Erfahrungen haben denn auch ergeben, daß nach Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden das Produkt der Arbeit nicht allein sich nicht verminderte, sondern steigerte und an Güte zunahm. Es liegt aber auf der Hand, daß die Intensität der Arbeit eine Grenze hat und nur durch die Erfahrung festgestellt werden kann, bei welcher durchgängigen Arbeitszeit am meisten nachhaltig geleistet wird. Nun scheint mir aber eben die Erfahrung zu beweisen, daß diese Frage sich gar nicht allgemein beantworten läßt. Zunächst ist nichts damit gethan, daß man zeigt, ein englischer Arbeiter leiste bei kürzerer Arbeitszeit mehr als der deutsche, französische, russische bei längerer, denn



der Unterschied liegt eben in der besseren Ernährung, welche leistungsfähiger macht und durch den höhern Lohn möglich wird. Dies und nichts Anderes beweisen die zahlreichen Beispiele, welche Prof. Brentano in seinem interessanten Aufsatz: „Ueber das Verhältniß von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung“ (Leipzig, 1876) beigebracht; in der dort angeführten Stelle aus M. Chevalier's „Cours d'économie pol.“ heißt es ausdrücklich, daß der französische Arbeiter bei gleicher Kost dem englischen gleichkomme; starke Arbeit bedingt starken Stoffwechsel, also reichliche Zufuhr kräftiger Nahrung, sowie eine intensiv arbeitende Maschine auch reichlicher geölt werden muß. Es fragt sich also, werden zwei Arbeiter, die beide gleich gut genährt sind, von denen aber der eine acht, der andere zehn Stunden arbeitet, gleich viel leisten? und das kann keinesfalls allgemein bejaht, sondern nur nach der Art der Arbeit beantwortet werden. Man wird es bejahen können bei schwerer Handarbeit, wie sie z. B. im Ackerbau, in Bergwerken und ähnlichen Industrien Regel ist; man wird es sicher nicht beweisen können in den Fächern, wo Maschinen die Hauptarbeit thun und die Aufgabe des Arbeiters wesentlich ist, die Thätigkeit derselben zu reguliren; man wird doch nicht behaupten, daß dieselbe Maschine in acht Stunden so viel producire als in zehn, weil der sie leitende Arbeiter im ersteren Falle frischer sei! man kann vielleicht sagen, daß in solchem Falle etwas mehr producirt werde als in den ersten acht Stunden von zehn: gewiß nicht, daß das Resultat in beiden Fällen gleich sein werde. Auch ist in Erwägung zu ziehen, daß an der verhältnißmäßig größeren Leistung in kürzerer Arbeitszeit die Verbesserung der Maschine ihren Antheil hat, wenn ich auch keineswegs in Abrede stelle, daß die Verkürzung ebenso einen Impuls zur Verbesserung der Mechanik gegeben, wie es die Abschaffung der Schutzzölle gethan hat. Es muß also nach der Art der Arbeit unterschieden<sup>1)</sup> und für jede Art der Erfolg

<sup>1)</sup> Dies giebt sogar das Programm des „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Bereins“ vom December 1873 in einem gewissen Maaße zu, indem es bei der Forderung des Normalarbeitstags sub III<sup>c</sup>. sagt: „Dieselbe (die tägliche Arbeitszeit, über welche hinaus ein Fabrikant nicht arbeiten lassen darf) kann aber



erfahrungsmäßig festgestellt werden, denn daß da, wo die Verkürzung der Arbeitszeit die Produktivität der Arbeit verringert, eine Steigerung des Preises des betreffenden Artikels eintreten muß, könnte nur dann in Abrede gestellt werden, wenn mit der kürzeren Arbeitszeit auch ein geringerer Lohn einträte<sup>1)</sup>.

Dies führt nun auf die zweite Frage, in welcher der Kern der Sache liegt: wie soll sich bei verkürzter Arbeit der Lohn stellen? Dem Arbeiter kommt es in erster Linie auf das Einkommen an<sup>2)</sup>, er will aber nicht, wenn er nur acht Stunden arbeitet, nach demselben Maße bezahlt werden, als wenn er nur acht von zehn Stunden arbeitete, sondern verlangt für acht Stunden Arbeit denselben Lohn wie bisher für zehn. Diese Forderung müßte, wie gesagt, bei allen Zweigen der Industrie, in denen constatirt wird, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit die Produktivität verringert, eine Preissteigerung des Produkts herbeiführen. Der Preis desselben setzt sich zusammen aus dem Arbeitslohn und dem angelegten Kapital (Rohmaterial, Zinsen, Abnutzung von Maschinen u. s. w.). Nimmt man nun an, daß etwa  $\frac{2}{3}$  auf den Lohn,  $\frac{1}{3}$  auf das Kapital falle, so muß, wenn bei verkürzter Arbeitszeit derselbe Lohn für eine geringere Leistung gezahlt wird, schon das andre Drittel um so schwerer in's Gewicht fallen, der Preis des Artikels unfehlbar steigen. Gewiß ist den Arbeitern möglichst hoher Lohn zu wünschen, der ja erwiesener Maßen arbeitstüchtiger macht, und jede Behinderung ihrer Freiheit, so hohen Lohn zu erhalten als sie bekommen können, ist zu verwerfen. In wiefern aber die Arbeitgeber die Forderung der Arbeiter auf gleichen Lohn bei kürzerer Arbeitszeit erfüllen können, werden sie allein je nach der Lage ihrer Industrie entscheiden können. Ebendaher aber ist es unzulässig,

vorläufig nur auf die Großproduction angewendet werden". Man sieht also doch ein, daß bei der Hausindustrie jede Controle unmöglich ist.

1) Selbst dann nicht ganz, insofern Maschinen in Betracht kommen, deren Capital für die betreffende Zeit brach läge.

2) Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß die durch Herabsetzung der Arbeitszeit gewonnene Muße meist zur Ueberarbeit für erhöhten Lohn verwendet wird; so forderten bei dem Berliner Maurerstreik von 1871 die Gesellen für die elfte Stunde 4 Gr. 2c., also eine Erhöhung des Lohnes um 24 Gr.



vom Staat zu verlangen, hier einzugreifen und nicht bloß die Arbeitszeit, sondern auch deren Lohn zu bestimmen, denn daß das Eine ohne das Andre wirkungslos wird, hat Rodbertus offen anerkannt. Er verlangt freilich das Letztere, indem er richtig erkennt, daß dann das Erstere überflüssig wäre<sup>1)</sup>.

„Der Staat muß Einrichtungen treffen, daß schon die normale Leistung eines auf 8, 9 resp. 10 Stunden beschränkten Arbeitstages einen Lohn gewährt, der sowohl der heutigen socialen Stellung des Arbeiters wie dem heutigen Stande der nationalen Produktivität entspricht.

So lange diese Einrichtungen nicht getroffen sind, wird die Beschränkung der bloßen Arbeitszeit eher verderblich als nützlich wirken. Wenn sie aber getroffen sein werden, so wird diese Beschränkung wieder vollständig überflüssig sein, denn dann mag nach diesem Lohnsatz unbedenklich jeder Unternehmer soviel arbeiten lassen, als er Arbeiter bekommen kann, und mag jeder Arbeiter nach Lust oder Bedürfnis soviel Stunden arbeiten als er will, — ihm kann es nicht mehr schaden und der Nationalproduktion kann es nur nützen.“ Rodbertus fügt indeß selbst hinzu:

„Werden aber je solche Einrichtungen erfunden werden?“

Er weiß darauf keine Antwort, als die Hoffnung auf die Zukunft. Diese Hoffnung aber wird sich nicht erfüllen; wenn der Staat in einzelnen Fällen den Preis einer Arbeitsleistung, wie bei öffentlichen Fuhrwerken, Packträgern, Führern u. s. w. festsetzt, so sind das Ausnahmen, welche die Ausbeutung des Publikums in solchen Fällen hindern sollen, wo das absolute Bedürfnis des einen Contrahenten ihn der unbedingt freien Forderung des andern gegenüber wehrlos machen würde. Ebenso ist umgekehrt der Staat gewiß berechtigt, in gewissen Industrieen, wie z. B. Bergwerken, die Arbeit auf eine bestimmte Zeit zu beschränken, wenn es erfahrungsmäßig feststeht, daß längere Arbeit unter diesen Bedingungen gesundheitschädlich wirke, denn seine

<sup>1)</sup> Hamb. Corresp. 17. Juli 72.



Aufgabe in erster Linie ist nicht, für die Beschaffung einer möglichst großen Masse von Kohlen oder Eisen zu sorgen, sondern die Gesundheit seiner Angehörigen zu schützen. Darüber hinauszugehen und in die Selbstbestimmung mündiger Männer der Art einzugreifen, daß man ihnen allgemein die Arbeitszeit vorschreibe, ist nicht nur eine ungerechtfertigte Beschränkung der persönlichen Freiheit, sondern auch unausführbar. Die englische Fabrikgesetzgebung, die uns als Muster dienen kann, hat sich stets auf die Regulirung der Arbeit von Frauen, Kindern und einzelnen Industrien aus gesundheitlichen Rücksichten beschränkt. Das französische Gesetz vom 9. Sept. 1848, welches die Arbeitszeit überhaupt auf 12 Stunden beschränkt, die übrigens beliebig vertheilt werden können, ist ein todter Buchstabe geblieben. Ein Maximum von Arbeitszeit läßt sich nicht durchgängig festsetzen, weil dasselbe für jeden Zweig der Industrie von zu vielen Faktoren abhängt, welche fortwährend im Flusse begriffen sind und deren Verhältniß nur zeitweilig durch freie Vereinbarung festzusetzen ist; die Hausindustrie würde sich jeder Controle entziehen, denn man wird doch nicht polizeilich feststellen wollen, ob noch etwa nach 8 Uhr in einer Tischlerwerkstatt gearbeitet wird, und nach dem Prinzip dürfte dann auch keine geistige Beschäftigung, die um bestimmten Lohn verrichtet wird, ihren Normalarbeitstag überschreiten. Wollte man auch nur für gewisse Zweige Bestimmungen treffen, wie z. B. für die Fabriken, in denen mit Dampf gearbeitet wird, so wäre doch die Grenze nicht zu ziehen, weil andere Gewerbe, die ohne Dampf betrieben werden, viel angreifender sein können.

Jeder Versuch, hier mit uniformen Vorschriften einzugreifen, müßte wie erwähnt folgerichtig auch auf die Festsetzung des Lohnes führen und dem Trägen denselben Preis der Arbeit in Aussicht stellen wie dem Fleißigen. Gerade die intelligenten Arbeiter würden zuerst protestiren, wenn man den Lohn nach Durchschnittsarbeit bestimmen, gegen ihren Willen Accordarbeit ausschließen und ihre Arbeitskraft zeitweise lahmlegen wollte.



hatten sich Katholicismus wie Protestantismus aufgerafft, um die Einflüsse der sie zersetzenden Aufklärung abzuschütteln und die Kirche wieder als selbständige Macht aufzurichten. Seitdem hat die römische Hierarchie mit steigendem Erfolg gestrebt, ihre Herrschaft wieder herzustellen und zu befestigen, die versöhnungsbedürftige, vom Rationalismus angesteckte Kirche des 18. Jahrhunderts ist wieder zur streitenden geworden, sie hat ihre straffe Organisation auf die Spitze getrieben, indem sie ihre behauptete Unfehlbarkeit auf ihr sichtbares Haupt übertragen, um einheitlich geleitet, in fester Schlachtordnung den Kampf gegen die bewegenden Ideen der Neuzeit zu führen.

In seinen Grundlagen angegriffen hat der Staat nach langem Säumen sich zur Behauptung seiner Selbständigkeit erhoben, dabei aber seinerseits vielfach das Maß überschritten; er geräth auf den Abweg, sich selbst als letzten und einzigen Ausdruck aller nationalen und Culturinteressen zu fühlen und nachdem wir kaum unsere staatlosen Zustände überwunden, laufen wir Gefahr der Staatsallmacht zu verfallen.

Am schwersten hat dieser Kampf die evangelische Kirche getroffen. In sich gespalten, ohne unabhängige Organisation, von zahlreichen ihrer Glieder nur als ein nothwendiger Baum der unteren Klassen betrachtet, von Anderen gedrängt, ihr eigenstes Wesen in der Versöhnung mit der modernen Cultur zu verleugnen, sucht sie sich der einst schützenden, jetzt nur drückenden Umarmung des Staates zu entwinden, um sich nach ihren inneren Lebensgesetzen auszugestalten und den Streit gegen die immer frecher auftretende Unsitlichkeit und bewußt widerchristliche Richtung aufzunehmen, welche unser gesamtes Volksleben in seinen Wurzeln zu vergiften drohen. Dieser Kampf, so schwer es ihr gemacht wird, mit Denen zu ringen, welche unter dem Deckmantel angeblich freier Verfassungen die feste Grundlage ihres Bekenntnisses zu verflüchtigen streben, hat schon Klarheit über Feind und Freund gebracht und edle Kräfte in ihr geweckt. Aber um mit Erfolg zu streiten, bedarf es Sammlung der zerstreuten Schaaren und eines festen Planes. Dazu soll ein Unternehmen helfen, welches beitragen will, Aufgaben und Pflichten unserer Zeit im Lichte des Evangeliums erkennen zu lassen, indem die wichtigsten Fragen der Gegenwart in Flugschriften erörtert werden.

Die Behandlung der einzelnen Gegenstände wird in der Hand bewährter Fachmänner liegen, deren Namen zugleich für ihren positiv-evangelischen Standpunkt bürgen.



Es ergeht nun an das gesammte evangelische Volk deutscher Zunge die Aufforderung und Bitte, diesem Unternehmen thätige Theilnahme zu schenken; die Verlagshandlung und die ihr behufs einheitlicher Leitung zur Seite stehende Redaction werden es sich ihrerseits zur Gewissenspflicht machen, nur solche Arbeiten zu bringen, welche wahrhaft zur Orientirung auf allen Gebieten des staatlichen, kirchlichen und des gesammten Culturlebens beitragen.

Die Redaction:

Dr. Mühlhäußer in Wilferdingen  
bei Pforzheim.

Dr. Geßlen in Straßburg i/Elß.

Die Verlagshandlung:

Zimmer'sche Buchhandlung  
in

Frankfurt a/M.

Das Unternehmen wird in Hefen erscheinen, deren jedes ein abgeschlossenes Ganzes ist. Sechs Hefte bilden einen Band, welcher im Subscriptionspreis 5 Mark kostet, während der Preis des einzelnen Heftes 1 Mark beträgt. Alle vier bis acht Wochen soll ein Heft ausgegeben werden.

Die ersten Hefte werden folgende Fragen behandeln:

1. Christenthum und Presse von Dr. Mühlhäußer.
2. Der Socialismus von Dr. Geßlen.

Die weiteren Hefte werden Beiträge bringen  
von Oberconsistorialrath Dr. Uhlhorn in Hannover, —  
von Prof. Dr. Pfaff in Erlangen: Ueber die Entstehung der Welt und die Naturgesetze, —  
von Consistorialrath Dr. Gbrard: Ueber die Anfänge des Menschengeschlechtes.

Außer den Genannten haben eine Anzahl namhafter und literarisch bekannter Männer ihre Mitarbeit zugesagt.